

WIIR



*Magazin der Jungen Bürgermeister*innen*

KOMMUNALEN

1/26



Schutz & Sicherheit

Kommunen in der Zeitenwende



NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN



**6. Mai 2026
Kommunaler IFAT-Tag**

Exklusiv für Bürgermeister*innen:
Fachimpulse, Best Practice,
Networking



Jetzt anmelden
& teilnehmen

Resilient. Sicher. Nachhaltig.

*Ihre Kommune zukunftsfähig aufstellen
Besuchen Sie uns auf der IFAT!*

Steigende Kosten, verschärfte Umweltauflagen, alternde Infrastrukturen, Fachkräftemangel, Extremwetter – die Herausforderungen für Kommunen wachsen. Bürgerinnen und Bürger erwarten trotzdem eine sichere Ver- und Entsorgung – unterbrechungsfrei und zu sozialverträglichen Preisen.

Erfahren Sie auf der IFAT, wie Veolia Sie als verlässlicher Partner unterstützt – mit gezielter Betriebsunterstützung, modernen Technologien und innovativen Partnerschaftsmodellen, die die kommunale Daseinsvorsorge effizienter, nachhaltiger und zukunftssicher machen.

→ 4.–7. Mai 2026, Messe München, Veolia Stand 339 | Halle A6



Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, liebe kommunalpolitisch Interessierte,

Wer schützt unsere Bürgerinnen und Bürger? Wer sorgt dafür, dass Krisen bewältigt werden, bevor sie eskalieren? Die Antwort liegt oft direkt vor Ort: bei uns, in unseren Rathäusern. Gerade unter dem Eindruck hybrider Bedrohungen zeigt sich: Kommunen sind erste Ansprechpartner, sie sichern die Handlungsfähigkeit des Staates und sind damit zentrale Pfeiler der Resilienz. Alexander Dobrindt, Bundesminister des Innern, bringt es in seinem Grußwort auf den Punkt: „Kommunen sind das Herz unserer Demokratie.“

Aus dem Netzwerk gibt es viel Neues: Der Start der Förderung durch die Stiftung Mercator eröffnet uns neue Chancen, unser Netzwerk noch stärker zu verankern. Die feierliche Eröffnung unseres Hauptstadtbüros mit Frau Elke Büdenbender war ein besonderer Moment – wir haben jetzt einen Ort, an dem unsere politische Arbeit, unsere Impulse und Vernetzungen sichtbar werden. Dort heißen wir auch die neuen Kolleg*innen herzlich willkommen: Das NJB-Team wächst, um euch noch besser zu unterstützen.



Foto: Liesa Johannsen-Kopitz

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist Sicherheit und Resilienz. Es geht um Bevölkerungsschutz als kommunale Gemeinschaftsaufgabe, die Rolle der Kommunen für nationale Sicherheit sowie zivile Verteidigung und kommunale Resilienz in einer veränderten Gefährdungslage. Praxisnahe Beispiele, etwa zu Starkregenereignissen oder der Frage, wie digitale Souveränität „made in Germany“ aussehen kann, zeigen, wie Kommunen konkret handlungsfähig bleiben.

Und wir blicken voraus: Die Jahreskonferenz 2026 steht vor der Tür – eine herzliche Einladung, dabei zu sein. Von der Bertelsmann Stiftung gibt es Impulse zur Zukunft der lokalen Demokratie. Besonders freue ich mich über das Gespräch zwischen zwei ehemaligen Bürgermeistern: Christoph Meineke hat sich mit dem ehemaligen Wuppertaler Oberbürgermeister Uwe Schneidewind über dessen neues Buch „Dienstschluss“ unterhalten. Beides lesenswert, das Interview und das Buch! Und ein besonderer Praxisbericht: Ein Paar, zwei Kandidaturen, zwei Parteien – Andre und Olivia Stenda teilen ihre Erfahrungen aus einem besonderen Wahlkampf. Auch die Praxisimpulse seien wieder allen empfohlen.

*Kommunen sind
erste Ansprechpartner,
sie sichern die
Handlungsfähigkeit
des Staates und sind
damit zentrale Pfeiler
der Resilienz.*

Diese Ausgabe ist ein Aufruf: Nutzt die Impulse, diskutiert, lernt voneinander – und gestaltet eure Kommunen stark, resilient und digital souverän. Wir alle tragen Verantwortung vor Ort – und wir alle können etwas bewegen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Henning Reichardt-Witzel

Verbandsgeschäftsführer Netzwerk Junge Bürgermeister*innen



IMPRESSUM

Projektleitung und Redaktion: Henning Reichardt-Witzel (V.i.S.d.P.), ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH. **Anzeigen:** Kerstin Böhm, Henning Mahler, ASK **Layout & Satz:** ASK **Titelfoto:** freepik.com **Druck:** Winkhardt + Spindler GmbH & Co. KG, Ernstthalenstraße 53, 70565 Stuttgart **Erscheinungstermin:** 3/2026

Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen der Bundesrepublik Deutschland e.V. wird gefördert von der Stiftung Mercator.

**STIFTUNG
MERCATOR**



ALEXANDER DOBRINDT
Bundesminister des Innern

**Liebe Bürgermeisterinnen
und Bürgermeister,**

Städte, Gemeinden und Kreise sind weit mehr als Verwaltungseinheiten. Sie sind der Ort, an dem Demokratie konkret gelebt wird. Dort begegnen Menschen einander und prägen gemeinsam ihr Lebensumfeld.

Gerade unter dem Eindruck hybrider Bedrohungen zeigt sich eindrucksvoll, dass die kommunale Ebene für den Zusammenhalt und die Resilienz in unserem Land elementar ist. Sei es bei der Vorsorge und der Bewältigung akuter Katastrophenlagen oder bei der Vorsorge für den Zivilschutz.

Kommunen sind meistens die allerersten Ansprechpartner. Sie stärken die Handlungsfähigkeit unseres Staates. Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten, unterstützen wir in vielfältiger Weise. Ein Baustein hierfür ist die bereits spürbare Entlastung unserer Städte, Gemeinden und Kreise durch die vollzogene Migrationswende.

Auch der im Koalitionsvertrag verankerte „Pakt für den Bevölkerungsschutz“ ist von großer Bedeutung. Er unterstreicht, dass ein leistungsfähiger Katastrophen- und Zivilschutz am besten im engen Schulterschluss von Bund, Ländern und Kommunen gelingt. Denn er muss bei den Menschen vor Ort seine Wirkung entfalten. Die Kommunen sind daher zentrale Partner eines zukunftsfesten Bevölkerungsschutzes.

Bei der BMI-Kommunaltagung in Mannheim gab es viele bereichernde Impulse aus den Rathäusern, die in konkrete Maßnahmen des BMI einfließen. Der direkte Austausch mit den kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -trägern ist daher von maßgeblicher Bedeutung.

Ein weiterer Punkt, der aus diesen Gesprächen als klarer Auftrag hervorgeht, ist der besondere Schutz kommunalpolitisch Engagierter. Ich bin daher dankbar, dass das Bundesinnenministerium mit der starken Stelle einen wirksamen Beitrag zum besseren Schutz von kommunalpolitisch engagierten Personen leistet.

Kommunen sind das Herz unserer Demokratie. Es ist in unserem gemeinsamen Interesse, Kommunen als starke Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu unterstützen und zu stärken.

Alexander Dobrindt
Bundesminister des Innern

WARUM WIR DABEI SIND

”

Heiko Abbas

Bürgermeister der Stadt Weener

„Das Netzwerk ist für mich ein wertvoller Ort für Ideen, Unterstützung und der Zuflucht. Gerade wenn die Stürme im Amt besonders heftig wüten, ist die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen wichtiger Balsam für die Seele. Auch bei fachlichen Fragen bekommt man im Netzwerk schnell und unbürokratisch gute und fundierte Antworten. Das Netzwerk lebt von der gemeinsamen Liebe zum Amt. Ich bin schon jetzt wehmütig, dass ich bald aus Altersgründen ausscheiden muss. Es ist sehr schön hier.“



Foto: Privat

”

Florian Bailer,

Bürgermeister der Gemeinde Dettingen an der Iller

„Kommunalpolitik lebt vom Miteinander. Im Netzwerk erlebe ich genau das: Wir teilen Erfahrungen, unterstützen uns gegenseitig und finden gemeinsam Lösungen für die täglichen Herausforderungen im Rathaus. Ich habe selbst schon wertvolle Impulse bekommen – und gebe meine Erfahrungen ebenso gerne weiter. Dieser offene Austausch auf Augenhöhe stärkt uns alle und unsere Gemeinden.“



Foto: Privat

”

Jonas Kähler,

Bürgermeister der Stadt Schleswig

„Schleswig aktiv zu gestalten, ist eine spannende Aufgabe – und das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen gibt mir dafür wertvolle Impulse. Der Austausch mit Gleichgesinnten zeigt, wie viele kreative Ideen und frische Ansätze es in unseren Kommunen gibt. Diese Inspiration nutze ich, um unsere Wikingerstadt an der Schlei lebendig, nachhaltig und zukunftsfähig weiterzuentwickeln.“



Foto: Stadt Schleswig

”

Theresa Neumann,

Bürgermeisterin von Großkrotzenburg

„Das Netzwerk bietet eine sehr gute Möglichkeit, sich mit Kolleginnen und Kollegen über aktuelle kommunalpolitische Themen, Herausforderungen und Chancen auszutauschen. Es ermöglicht den Zugang zu Best-Practice-Beispielen aus verschiedenen Kommunen sowie zu innovativen Ideen vor Ort. Gerade in der heutigen Zeit gewinnt die interkommunale Zusammenarbeit zunehmend an Bedeutung. Das Netzwerk stellt hierfür eine ideale Plattform dar, um gemeinsam Projekte zu entwickeln.“



Foto: Patrick Liste

”

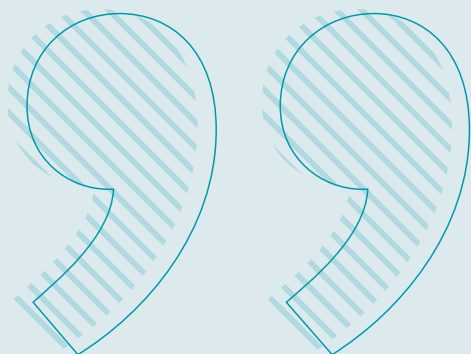
Silvana Schäfer,

Bürgermeisterin der Stadt An der Schmücke

„Das Netzwerk ist eine tolle Plattform, um über den Tellerrand zu schauen und einen Einblick in die Arbeit der Kolleg*innen zu bekommen. Der kurze Dienstweg über Gemeinde- und Ländergrenzen hinweg macht das Netzwerk so wertvoll. Schön ist auch, hier Kolleginnen zu treffen, die sind in der (hauptamtlichen) Kommunalpolitik leider noch viel zu selten.“



Foto: Privat



MEIN RATHAUS ...

Foto: Stadt Wernau (Neckar), Krüger & Ko



WERNAU (NECKAR)
12.200 Einwohner*innen
www.wernau.de



In Wernau gibt es kein klassisches Rathaus, sondern das Quadrium.

Der 2004 bezogene Gebäudekomplex ist mit der Mischung aus den Räumlichkeiten der Stadtverwaltung, Tagungszentrum, Restaurant, Weinbar, Stadthalle, Hallenbad und Wellnessbereich mit Hamam ein echtes Unikat. Dadurch ist auch außerhalb der Verwaltungs-Öffnungszeiten viel Leben im Haus. Eine Uhr braucht man nur im Sommer, im Winter kann man am Duft der Aufguss-Sauna die volle Stunde erkennen.

Auf der anderen Straßenseite befindet sich das alte Rathaus, erbaut 1938. Für ein altes Rathaus relativ jung, wurde es nach der Gründung des Ortes direkt auf die Grenze der zwei zuvor selbstständigen Orte Pfauhausen und Steinbach gebaut. Aus knapp 3.000 Einwohner*innen bei der Gründung sind, vor allem auch durch den Zuzug von vielen ungarndeutschen Vertriebene, inzwischen ca. 12.500 geworden. Die Stadt Wernau (Neckar) liegt im Landkreis Esslingen und bietet durch die noch überschaubare Größe und starkes ehrenamtliches Engagement hohe Lebensqualität und eine lebendige Gemeinschaft.

„Eine Uhr braucht man nur im Sommer, im Winter kann man am Duft der Aufguss-Sauna die volle Stunde erkennen.“



CHRISTIANE KRIEGER
Bürgermeisterin der Stadt
Wernau (Neckar)

Foto: Stadt Wernau (Neckar), Jorda



Foto: Stadt Wernau (Neckar), Krüger & Ko



Foto: Stadt Wernau (Neckar), Mende



Foto: Stadt Wernau (Neckar), Mende



Foto: Stadt Wernau (Neckar)

Teilhabe und Zusammenhalt

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen die gleichen Teilhabechancen haben, in der es einen starken Zusammenhalt gibt und in der unsere demokratischen Strukturen vital und resilient sind.



Warum das Thema Kommunalpolitik für die Stiftung wichtig ist und warum wir das NJB jetzt fördern

STIFTUNG
MERCATOR

Wir leben in bewegten Zeiten. Multiple Krisen und gesellschaftlicher Wandel verändern unser Gemeinwesen tiefgreifend bis in unsere Städte und Gemeinden hinein.

Demokratische Institutionen geraten unter Druck, Vertrauen schwindet, Polarisierung nimmt zu. Für uns als Stiftung Mercator folgt daraus eine klare Aufgabe: Demokratie nicht nur zu verteidigen, sondern sie im Alltag tragfähig zu halten. Unser Leitbild ist dabei Kompass und Verpflichtung zugleich. Wir treten ein für Menschenrechte, für eine solidarische, weltoffene und sozial gerechte Gesellschaft, für Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit sowie für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Diese Werte lassen sich nur in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung verwirklichen – und die liberale Demokratie ist dafür die fundamentale, wenn auch keine selbstverständliche Voraussetzung. Sie muss immer wieder neu begründet, gestaltet und getragen werden.

Zusammenhalt im Alltag

Konkret wird unsere Demokratie vor Ort: im Rathaus, im Stadtrat, im Kreistag. Kommunen sind nicht die „unterste Ebene“ des politischen Systems, sie sind sein Fundament und sie sind Schlüsselakteure gesellschaftlicher Veränderung. Hier, auf der kommunalen Ebene, entscheiden sich die zentralen

„Demokratie nicht nur verteidigen, sondern sie im Alltag tragfähig halten.“

Erwartungen an Kommunen, während ihre Handlungsspielräume enger werden. Wenn aber Kommunen dauerhaft unter Druck geraten, leidet das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates insgesamt. Wenn Bürger*innen erleben, dass Probleme ungelöst bleiben, richtet sich die Enttäuschung gegen „die Politik“ und gegen die Demokratie selbst.

Zukunftsfähige Kommunalpolitik

Mit unserem Schwerpunkt „Zukunftsfähige Kommunalpolitik“ im Bereich „Teilhabe und Zusammenhalt“ richten wir unseren Blick bewusst auf die strukturellen Voraussetzungen politischer Arbeit vor Ort. Wir wollen angemessene Rahmenbedingungen und ein konstruktives Zusammenspiel der politischen Ebenen fördern, damit Kommunalpolitiker*innen in bewegten Zeiten handlungs- und gestaltungsfähig bleiben – und wir wollen dazu beitragen, dass kommunalpolitisches Engagement attraktiv und möglich

bleibt. Unser Ziel ist nicht die einzelne Maßnahme, sondern strukturell bessere Bedingungen für Entscheidungen.

Eine besondere Rolle spielen dabei junge Bürgermeister*innen. Sie stehen exemplarisch für eine neue Generation politischer Verantwortungsträger*innen, die Transformation nicht als Ausnahmezustand, sondern als neuen Normalzustand begreifen. Sie bringen frische Perspektiven ein, denken Verwaltung neu, suchen Dialog und setzen auf Vernetzung. Gleichzeitig tragen sie eine immense Verantwortung – oft unter enormem Erwartungsdruck, mit hohem persönlichem Einsatz und in einem zunehmend rauen politischen Klima.

Frische Perspektiven

Aus diesem Grund fördern wir als Stiftung Mercator das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen für die kommenden Jahre. Denn wir sind überzeugt: Demokratie beginnt vor der Haustür. Wer sie stärken will, muss dort ansetzen, wo sie täglich gelebt wird. Wer junge kommunale Führung stärkt, stärkt die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie. Und das gelingt nur, wenn Menschen bereit sind, Verantwortung für unser Gemeinwesen zu übernehmen – mit Mut, Optimismus und einem klaren Wertekompass.



CHRISTIANE
VON WEBSKY
Bereichsleiterin Teilhabe
und Zusammenhalt
Stiftung Mercator



MARIA
LENK
Projektmanagerin
Stiftung Mercator

Ein Raum mit Wirkung

Die Eröffnung unseres
Hauptstadtbüros

VON HENNING REICHARDT-WITZEL

Soziologin Jutta
Allmendinger
mit fulminanter
Impulsrede

STIFTUNG
MERCATOR



Foto: Reichardt-Witzel

Manche Momente muss man erst einmal sacken lassen, um ihre Tragweite wirklich zu begreifen. Die Eröffnung unseres Hauptstadtbüros war genau so ein Moment. Jetzt, mit ein paar Wochen Abstand, wird deutlich, welche Bedeutung dieser Schritt für das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen hat – und was hier eigentlich entstanden ist.

Vom Netzwerk zum Ort

„#NextLevel“, „#Meilenstein“ – das sind Begriffe, die wir immer wieder verwenden. Und ja, manchmal fragen wir uns selbst, wie man das eigentlich noch steigern soll. Uns gehen fast die Superlative aus. Gleichzeitig ist es genau das, was das

Netzwerk seit Jahren auszeichnet: Es entwickelt sich Stufe um Stufe weiter, scheinbar ohne feste Grenze nach oben.

Ein kurzer Blick zurück macht das deutlich. 2017 entstand die erste Idee, junge Bürgermeister*innen bundesweit zu vernetzen. 2019 gab es im März ein Kick-off-Treffen, und im Herbst dann die Gründung eines losen Verbunds. 2020 die Einladung durch den Bundespräsidenten. 2022 schließlich die Gründung des gemeinnützigen Vereins. Und jetzt: die Eröffnung unseres Hauptstadtbüros. Aus einem über Jahre gewachsenen, hybriden Netzwerk – getragen aus Homeoffices, Rathäusern, Videokonferenzen, mit viel Herzblut und enormem persönlichem Engagement – ist nun ein realer Ort geworden.

ANZEIGE

RESPEKT STATT HASS!

Bedrohung und Gewalt haben keinen
Platz in der Kommunalpolitik.
Schützen Sie sich – die starke Stelle hilft.

☎ 0800-300 99 44

🌐 www.starkestelle.de

✉ info@starkestelle.de

**starke
Stelle**

Ihr Kontakt gegen
Gewalt im Amt

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Foto: Lehmann

Mehr als vier Wände

Ein Ort mit Tür, Klingelschild und Schreibtisch. Vor allem aber ein Ort, an dem kommunale Erfahrung gebündelt, Reformideen weiterentwickelt und die Perspektiven junger Bürgermeister*innen direkt in bundespolitische Debatten getragen werden können. Dieses Büro ist kein zusätzlicher Standort im klassischen Sinne. Es ist eine Schnittstelle.

Hier treffen kommunale Praxis und Bundespolitik sichtbar aufeinander. Hier werden Herausforderungen aus Städten und Gemeinden nicht nur beschrieben, sondern gemeinsam mit Partnern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bearbeitet. Genau darin liegt die besondere Qualität dieses Schritts – und auch sein Anspruch. Das Hauptstadtbüro soll kein Symbol sein, sondern ein Arbeitsort mit Wirkung.

Ermöglicht durch Vertrauen

Möglich geworden ist dieser Aufbau durch die institutionelle Förderung der Stiftung Mercator GmbH, die uns seit dem 1. Januar diesen Entwicklungsschritt erlaubt. Wir sind stolz, Teil des neuen Mercator-Handlungsansatzes „Zukunftsfähige Kommunalpolitik“ zu sein und damit früh Verantwortung übernehmen zu dürfen. Unser besonderer Dank gilt Maria Lenk und Christiane von Websky,

die uns gesehen, angesprochen und ermutigt haben, diesen Weg konsequent zu gehen. Dieses Vertrauen ist alles andere als selbstverständlich – und Verpflichtung zugleich.

Ein Nachmittag, der Haltung zeigte

Die Eröffnung selbst war Ausdruck genau dieses gemeinsamen Verständnisses. Mit wertschätzenden Grußworten eröffneten Lars Grotewold und unser Vorsitzender Michael Salomo den Nachmittag. Die Soziologin Jutta Allmendinger lieferte einen klugen, lebendigen Impuls, der eindrucksvoll zeigte, warum Kommunen eine zentrale Rolle für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Stabilität spielen.

Auf dem anschließenden Podium machten Elke Büdenbender, die Gattin des Bundespräsidenten, Hanna Steinmüller und Dominik Brasch deutlich, dass junge Bürgermeister*innen nicht nur Verwaltung organisieren, sondern echte Katalysatoren für eine handlungsfähige lokale Demokratie sind. Ihre Perspektiven machten klar: Kommunen sind nicht das Ende politischer Prozesse, sondern oft ihr Anfang.

Besonders eindrücklich war der Moment, als wir Elke Büdenbender am Ende des Tages unser neues Büro zeigen konnten. Es ist nur ein Raum – aber einer, in dem sofort sichtbar wurde, wie viele inhaltliche Berüh-

„Kommunen sind nicht das Ende politischer Prozesse, sondern oft ihr Anfang.“

Vereinbarkeit:
Gruppenbild mit Baby

Michael Salomo
bei seinem Grußwort

Foto: Reichardt-Witzel

rungspunkte und gemeinsame Anliegen es bereits gibt. Größe definiert sich hier nicht über Quadratmeter, sondern über Wirkung.

Gemeinsam Zukunft gestalten

Viele Gäste und Wegbegleiter*innen waren zur Büroeröffnung gekommen. Der Nachmittag zeigte eindrucksvoll, welche Kraft entsteht, wenn unterschiedliche Akteure zusammenkommen. Partner

wie Veolia Deutschland, ASK, PwC Deutschland, die Bertelsmann Stiftung, Vertreter*innen aus dem Bundesinnenministerium, dem Bundespräsidialamt, dem Deutschen Städtetag, von ProjectTogether sowie

zahlreiche Vertreter*innen der Zivilgesellschaft waren nicht einfach nur Gäste. Sie sind aktive Mitgestalter unseres Netzwerks.

Beim Netzwerk Junge Bürgermeister*innen entstehen so Synergien, die weit über klassisches Netzwerken hinausgehen: Kommunale Realität trifft auf Expertise – und wird gemeinsam bearbeitbar. Vielleicht ist genau das das Besondere an diesem Schritt. Dass es immer wieder gelingt, neue Räume zu schaffen, in denen Kommunen sichtbarer, stärker und zukunftsfähiger werden. Unser Hauptstadtbüro soll genau so ein Raum sein: ein Labor für die Zukunft der Kommunalpolitik.

Danke an alle, die diesen Schritt möglich gemacht haben – und an alle, die ihn nun gemeinsam mit uns weitergehen.

Foto: Reichardt-Witzel

Gruppenbild mit Podiumsteilnehmenden
des Mercator-Talks

Foto: Lehmann

Elke Büdenbender
besucht unser
neues Büro

Drei Perspektiven, ein Aufbruch

Wie das neue Team der
Geschäftsstelle entstanden ist

VON HENNING REICHARDT-WITZEL

Foto: Mickis Fotowelt - stock.adobe.com

Mit dem Aufbau der neuen Geschäftsstelle haben wir nicht nur Räume bezogen und Strukturen geschaffen, sondern vor allem Menschen gefunden, die das Netzwerk künftig tragen, weiterentwickeln und prägen werden. Der Weg dorthin war intensiv, manchmal abenteuerlich – und am Ende vor allem eines: unglaublich ermutigend.

Eine professionelle Geschäftsstelle aufzubauen, heißt auch, Verantwortung abzugeben, Rollen neu zu denken und die richtigen Persönlichkeiten zu finden. Es war uns klar, dass wir für das Netzwerk Neuland betreten, als wir im vergangenen Herbst die Stellenausschreibungen online gestellt haben. Was dann passierte, hat selbst uns überrascht: Über 80 Bewerbungen gingen ein. Unterschiedlichste Lebensläufe, Hintergründe, Motivationen – und vor allem ganz viel echtes Interesse am Netzwerk und an kommunaler Politik. Vor allem hieß es viel zu tun: Die Bewerbungen wollten ja auch alle gelesen, verglichen und diskutiert werden. Aus einer ersten Auswahl folgten mehr als 15 Online-Bewerbungsgespräche, die bereits zeigten, wie viel Potenzial da draußen unterwegs ist.

Spätestens dort wurde klar, wie schwer die Entscheidung werden würde. Wir hätten auch locker eine Geschäftsstelle mit zehn oder mehr hochqualifizierten Personen besetzen können. Es gab so viele starke Bewerber*innen, viele überzeugende Profile und noch

mehr Möglichkeiten, um aus all den unterschiedlichen Kompetenzen ein schlagkräftiges Team zu formen.

Umso wichtiger war ein strukturierter Prozess – und ein Vorstand, der sich Zeit nahm, Eindrücke abzugleichen und gemeinsam zu entscheiden. Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle Maren und Claudia, die vor allem die Online-Formate mit viel Ruhe und Klarheit begleitet haben, Martin, der als Schatzmeister quasi nebenbei auch zum Personalchef wurde, sowie Michael und Nils für ihre intensive Begleitung der Gespräche. Am Ende standen eigentlich immer einstimmige Entscheidungen – und das gute Gefühl, nicht nur fachlich, sondern auch menschlich richtig zu liegen.

Der Kommunal-Profi

Den Anfang im neuen Team macht **Alexander Lehmann**. Er war die erste Stelle, die besetzt wurde – und wird zugleich der letzte sein, der im Hauptstadtbüro startet. Ab dem 1. Mai bringt er dort seine Erfahrung ein, und die ist beachtlich. Über viele Jahre hinweg hat Alexander als Büroleiter von Landtagsabgeordneten, aber vor allem in kommunalen Vereinigungen gearbeitet, als Landesgeschäftsführer und zuletzt als Referent auf Bundesebene. Kommunalpolitik ist für ihn kein abstraktes Feld, sondern tägliche Praxis. Wer mit ihm spricht, merkt schnell: Hier sitzt ein Profi, der die Mechaniken kennt, Prozesse versteht und weiß, wie kommunale Interessenvertretung auf verschiedenen Ebenen funktioniert. Genau das war auch unser Anspruch. Wir hatten uns vorgenommen, für diese Position



ALEXANDER
LEHMANN
Referent

„Kommunalpolitik ist das Fundament unserer Demokratie. Ich freue mich, als Teil des Teams „Netzwerk Junge Bürgermeister*innen“ aktiv an der Gestaltung und Umsetzung innovativer kommunalpolitischer Ideen mitwirken zu können.“

Foto: Privat



Foto: Henning Reichardt-Witzel

jemanden zu finden, der sofort arbeitsfähig ist, der Netzwerke mitbringt und inhaltlich Sicherheit ausstrahlt. In Alexander haben wir diesen Profi gefunden. Seine langjährige Erfahrung, in der Gremienarbeit, in der Mitgliederbetreuung und in der kommunalpolitischen Kommunikation, aber auch in der Organisation von Fachkonferenzen, wird eine enorme Bereicherung für das Netzwerk sein. Er ergänzt die politische Arbeit mit Struktur, Tiefe und einem breiten Blick auf kommunale Themen – von Sozial- und Bildungspolitik bis hin zu Finanzfragen. Kurz gesagt: Er ist jemand, der weiß, wie der Laden läuft, und trotzdem Lust hat, gemeinsam mit uns etwas Neues aufzubauen.

Die Gemeinderätin

Bereits zwei Wochen früher, zum 15. April, startet **Annika Mainka**. In den Gesprächen hat sie uns persönlich sofort überzeugt. Annika bringt eine andere, ebenso wichtige Perspektive mit: Sie ist selbst aktive Kommunalpolitikerin und sitzt im Rat ihrer Heimatgemeinde.

Sie kennt die Herausforderungen, den Spagat zwischen Ehrenamt, Beruf und politischer Verantwortung – nicht aus Erzählungen, sondern aus eigener Erfahrung. Gleichzeitig ist sie ein echter Kommunikations-Profi. Ihre berufliche Arbeit in der politischen Kommunikation, ihre Sicherheit in Social Media, Newsletterarbeit, Presse- und Netzwerkarbeit machen sie zu einer idealen Bereicherung für das Team.

Annika denkt Kommunikation nicht nur als Außendarstellung, sondern immer auch als Beziehungspflege. Intern wie extern. In den Gesprächen wirkte sie offen, zielstrebig, sehr reflektiert und absolut teamfähig. Ihr kommunales Netzwerk ist vielleicht noch nicht so breit wie das von Alexander – dafür bringt sie Energie, Klarheit und einen frischen Blick mit. Genau diese Mischung war uns wichtig: unterschiedliche Stärken, unterschiedliche Zugänge, ein gemeinsames Ziel. Wie Alexander denkt Annika überparteilich und legt den Fokus auf Lösungen statt Gegensätze. Das passt perfekt zur DNA unseres Netzwerks.



ANNIKA
MAINKA
Referentin

*„Ich freue mich darauf, beim Netzwerk junge Bürgermeister*innen mein Engagement in der Kommunalpolitik mit meinen Erfahrungen in Kommunikation und Organisationsentwicklung zu verbinden und gemeinsam die Rahmenbedingungen von Kommunen aktiv mitzugestalten.“*

Foto: Privat

Die Quereinsteigerin

Die dritte im Bunde ist **Nina Müller**. Sie ist schon am 2. März gestartet – passenderweise an ihrem 27. Geburtstag. Nina ist Quereinsteigerin, Linguistin, Kommunikationsexpertin und vor allem eines: hochmotiviert. Ursprünglich wollte sie sich auf eine Referentenstelle bewerben, war aber auch offen für eine Rolle im Bereich Organisation und Verwaltung. Schnell war klar, dass sie genau dort eine Schlüsselrolle spielen kann. In allen Gesprächen hinterließ sie einen außerordentlich positiven Eindruck: strukturiert, souverän, sehr verlässlich und mit einer beeindruckend schnellen Auffassungsgabe.

Nina bringt einen wissenschaftlichen Hintergrund aus Linguistik und Kommunikation mit und hat sich intensiv mit Verständlichkeit, Argumentationsstrukturen und zielgruppengerechter Aufbereitung beschäftigt. Dazu kommt praktische Erfahrung in der Arbeit mit Menschen – empathisch, klar und organisiert. Besonders wertvoll für das Netzwerk: ihr Fokus auf Mitgliederkommunikation, Textarbeit und interne Abläufe. Sie hat sichtbar Lust auf Netzwerk- und Aufbauarbeit und versteht, dass gute Kommunikation nach innen die Grundlage für Wirkung nach außen ist. Als Bürgermeistertochter ist sie zudem von klein auf mit den Anforderungen und Belastungen des Amtes vertraut – ein Erfahrungswissen, das man nicht lernen kann.

Drei Menschen, drei Perspektiven – und ein gemeinsamer Anspruch: das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen weiter voranzubringen. Rückblickend war der Weg zur neuen Geschäftsstelle anspruchsvoll, zeitintensiv und manchmal auch nervenaufreibend. Aber er hat sich gelohnt.

Wir sind überzeugt, ein Team gefunden zu haben, das nicht nur fachlich hervorragend zusammenpasst, sondern gerade durch seine Unterschiedlichkeit stark ist. Unterschiedliche Biografien, unterschiedliche Schwerpunkte, unterschiedliche Blickwinkel – und genau darin liegt die Chance.

Für das Netzwerk beginnt damit eine neue Phase. Eine Phase, in der wir professioneller arbeiten, sichtbarer werden und zugleich näher an euch, unseren Mitgliedern sein wollen. Mit Alexander, Annika und Nina haben wir dafür ein Team, das Kompetenz, Engagement und Begeisterung vereint.

Wir freuen uns sehr auf das, was kommt – und darauf, diesen Weg gemeinsam mit euch zu gehen.



NINA
MÜLLER

Organisation, Verwaltung
und Kommunikation

*„Sprache ist mein Werkzeug, Vernetzung mein Anliegen: Als Linguistin möchte ich im Netzwerk Junge Bürgermeister*innen Kommunikation und Strukturen so mitgestalten, dass Austausch, Sichtbarkeit und gegenseitige Unterstützung weiter wachsen können.“*

Foto: Privat

SCHUTZ UND SICHERHEIT

Kommunen in der Zeitenwende

S. 14

Warum Resilienz vor Ort beginnt

Michael Salomo

S. 16

Digitale Souveränität made in Germany

ZenDiS

S. 18

Zivile Verteidigung und kommunale Resilienz

Bundesamt für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

S. 20

Sicherheit beginnt vor Ort

Wolf-Jürgen Stahl

Warum Resilienz vor Ort beginnt

Bevölkerungsschutz ist die kommunale Gemeinschaftsaufgabe dieser Tage

Bevölkerungs- und Zivilschutz sowie Katastrophenschutz

Für viele Menschen wirken diese Begriffe wie dasselbe. Tatsächlich stehen dahinter jedoch unterschiedliche Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten und für Kommunen ergeben sich daraus jeweils andere Anforderungen.

Kommunaler Bevölkerungsschutz umfasst weit mehr als Feuerwehr und Sirenen. Er ist eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe, bei der Verwaltung, Einsatzkräfte, Infrastrukturbetreiber, soziale Einrichtungen und die Bevölkerung selbst zusammenwirken.

Damit Kommunen in Krisen handlungsfähig bleiben, müssen sie mehrere Themenfelder gleichzeitig im Blick behalten und ihre Risiken kennen, um sinnvoll zu planen. Resilienz beginnt vor Ort, um Krisen nicht nur zu überstehen, sondern schnell wieder handlungsfähig zu werden und gestärkt aus ihnen hervorzugehen. Für Staaten und Gesellschaften müssen Stabilität, Handlungsfähigkeit und Vertrauen auch dann erhalten bleiben, wenn äußere Krisenereignisse auftreten. Doch Resilienz entsteht nicht im Ministerium, nicht im Landtag und nicht in Strategiepapieren allein. Sie entsteht dort, wo das Leben stattfindet: in den Kommunen.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie verletzlich unsere Infrastruktur und damit unsere Gesellschaft geworden ist. Beispiele sind die Unwetterkatastrophe im Ahrtal, terroristische Anschläge wie auf das Stromnetz in Berlin oder die Nordstream-2-Pipeline sowie

Cyberangriffe, die Firmen wie auch öffentliche Einrichtungen ins Visier nehmen. Diese treffen augenscheinlich „den Staat“, jedoch sind es in erster Linie direkte Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Zivilschutz beginnt in allererster Linie zu Hause. Wie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) rät, gehört zu einer guten Vorbereitung, Essen und Getränke zu bevorraten, ein Radio mit Kurbel oder Batterie sowie ausreichend Medikamente auf Vorrat zu haben. Nachgelagert organisiert die Kommune weiter, bis von Land und Bund Hilfe anläuft.

Bevölkerungsschutz ist deshalb keine abstrakte Aufgabe, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe, die im Alltag

beginnt und im Ernstfall über die Handlungsfähigkeit unseres Landes entscheidet.

Die Rolle der Kommunen bei der Krisenbewältigung

Kommunen stehen an vorderster Front, wenn etwas passiert, lange bevor Landes- oder Bundesbehörden eingreifen können. Die ersten Stunden hängen fast vollständig von den lokalen Strukturen ab, ob es um ein Erdbeben, einen Chemieunfall oder einen Ausfall der Trinkwasserversorgung geht. Abläufe sollten gut eingeübt sein, Einsatzkräfte müssen gut zusammenarbeiten und die Verwaltung muss schnell Entscheidungen treffen können.

Hinzu kommt, dass Katastrophen keine Grenzen kennen. Kommunen müssen eng mit Nachbarstädten, Landkreisen und inter-

nationalen Partnern zusammenarbeiten, weil Ereignisse wie Naturkatastrophen oder technische Störungen sich nicht an Verwaltungsgrenzen halten. Resilienz stärkt damit nicht nur die eigene Stadt, sondern das gesamte Netzwerk, das im Ernstfall funktionieren muss. Gleichzeitig trägt eine resiliente Kommune dazu bei, das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken. Wenn Menschen sehen, dass ihre Stadt vorbereitet ist, fühlen sie sich sicherer und sind eher bereit, selbst Vorsorge zu treffen. Kommunen tragen die Verantwortung für die Daseinsvorsorge. Wenn diese Strukturen belastbar sind, bleibt die Gesellschaft belastbar. Wenn sie ausfallen, spüren Bürgerinnen und Bürger die Folgen unmittelbar.

Daher müssen Kommunen sich um die Prävention und Vorsorge kümmern, durch bauliche Maßnahmen, Notfallpläne, Informationen für die Bürgerinnen und Bürger, Schulungen für die Verwaltung, Einrichtung eines Verwaltungsstabs sowie wiederkehrende Übungen für die Einsatzkräfte. Die Blaulichtorganisationen müssen funktionieren und gut koordiniert sein. Die enge Zusammenarbeit mit Stadtwerken, Netzbetreibern und Kliniken ist zur Aufrechterhal-

„Kommunen tragen die Verantwortung für die Daseinsvorsorge.“



MICHAEL SALOMO
Oberbürgermeister
der Stadt Heidenheim

Foto: Stadt Heidenheim

tung der kritischen Infrastruktur dringend erforderlich. Resilienz muss vor und nicht während der Krise entstehen. Kommunale Resilienz ist immer auch demokratische Resilienz. Eine handlungsfähige Kommune stärkt das Vertrauen in den Staat insgesamt.

Neben all diesen Aspekten setzen wir bei der Stadt Heidenheim bei unserer Notfallvorsorge auf mehrere miteinander verzahnte Maßnahmen, die sich an den Empfehlungen des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe orientieren. Dazu gehört zunächst, dass Bürgerinnen und Bürger klare Hinweise zum richtigen Verhalten in Krisensituationen wie Unwettern, Hochwasser oder Stromausfällen erhalten. Dabei geht es auch um die Einschätzung von Risiken im eigenen Wohnumfeld, zu Brandschutz und Fluchtwegen sowie zur Unterstützung hilfsbedürftiger Nachbarn. Ergänzend informieren wir über die verschiedenen Warnsysteme wie Warn-Apps, mobile Sirenen und Rundfunk. Momentan ist die Stadt Heidenheim auch dabei, Sirenen wieder flächendeckend auszubauen. Ein weiterer zentraler Baustein sind die eingerichteten Notfalltreffpunkte, etwa im Rathaus und in den



Foto: freepik.com

Turn- und Festhallen der Teilorte, an denen Bürger im Katastrophenfall Informationen erhalten, Hilfe organisieren oder Notfallmaßnahmen absetzen können, wenn Telefon oder Internet nicht mehr funktionieren.

Nur starke Kommunen sind resilient

Politische Stabilität hängt wesentlich davon ab, ob Menschen erleben, dass staatliches Handeln funktioniert, und dieses Vertrauen entsteht vor allem im direkten Kontakt mit der Kommune, etwa im Rathaus, im Bürgerbüro oder im Ehrenamt. Damit Kommunen in Krisen resilient handeln können, brauchen sie verlässliche finanzielle Grundlagen, ausreichend qualifiziertes Personal, eine moderne digitale Infrastruktur und klare Regelung der Zuständigkeiten zwischen

„Resilienz muss vor und nicht während der Krise entstehen. Kommunale Resilienz ist immer auch demokratische Resilienz.“

Bund, Ländern und kommunaler Ebene. Resilienzpolitik bedeutet daher, Kommunen zu befähigen, statt sie zu überlasten: Wer Aufgaben überträgt, muss auch die nötigen Mittel und Kompetenzen mitgeben. Bevölkerungsschutz beginnt vor Ort und entscheidet darüber, wie gut ein Land Krisen bewältigt und daraus gestärkt hervorgeht.

Eine nationale Resilienzstrategie kann nur erfolgreich sein, wenn Kommunen nicht als nachgeordnete Verwaltungseinheiten betrachtet werden, sondern als strategische Partner mit echten Handlungsspielräumen. Widerstandsfähig werden Kommunen zudem durch starke Netzwerke, klare Kommunikationswege und ein gemeinsames Verständnis dafür, wie man in schwierigen Situationen zusammensteht.

Ich freue mich, dass wir diese Themen bei unserer diesjährigen Jahreskonferenz vertiefen werden.

ANZEIGE

KI-TELEFON & KI-CHAT IM BÜRGERSERVICE

HALLO CHARLY

DIE KI, DIE VERWALTUNG VERSTEHT

Entwickelt für Kommunen – mit Kommunen

Entlastung im Bürgerservice ohne Kontrollverlust
24/7-Erreichbarkeit in bis zu 30 Sprachen
Unkomplizierte und schnelle IT-Integration
Tiefgehende, individualisierte Wissensdatenbank



HALLOCHARLY.DE



CHARLY@ZAITGEIST.COM

Digitale Souveränität made in Germany

Was wäre, wenn ...
Deutschland
seine Digitale
Souveränität aus
eigener Kraft stärkt?

Zen
DiSZentrum
Digitale
Souveränität

Das Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) arbeitet seit seinem operativen Start 2024 genau an dieser Aufgabe. Es unterstützt Bund, Länder und Kommunen dabei, sich aus kritischen Abhängigkeiten von – meist US-amerikanischen – Softwareherstellern zu lösen.

Denn genau diese bestehen in der Öffentlichen Verwaltung: Eine Studie hat bereits 2019 festgestellt, dass 96 Prozent aller Verwaltungsarbeitsplätze im Bund mithilfe von Microsoft-Anwendungen betrieben werden. In weiteren Bereichen, beispielsweise der Cloudnutzung, zeichnete sich ein ähnlich starkes Abhängigkeitsverhältnis von einzelnen nicht-europäischen Anbietern ab. Die „Digitale Souveränität“, wie sie eine handlungsfähige Verwaltung braucht, ist damit nicht gegeben. Die Strukturen im Softwaresektor sind allerdings über Jahre etabliert, ganze Fachverfahren an die Systeme der großen Hersteller gekoppelt. Ein Ausweg aus dem sogenannten Vendor Lock-in, also der Abhängigkeit von einem einzelnen Anbieter, ist nicht einfach. Um die hierfür notwendigen Kompetenzen zu bündeln, gründete der Bund 2022 bereits ein eigenes Service- und Kompetenzzentrum mit dieser Aufgabe – das Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS).

Der digitale Arbeitsplatz

Mit seinem Start 2024 bekam das ZenDiS zunächst den Auftrag, sich dem Dreh- und Angelpunkt der modernen digitalen Behördenarbeit zu widmen: dem digitalen Arbeitsplatz. Aufbauend auf dem Projekt dPhoenix brachte das ZenDiS zehn Monaten nach Start eine Alternative an den Markt: die souveräne Office- und Kollaborationssuite openDesk. openDesk bietet alle Funktionalitäten eines vollumfänglichen digitalen Arbeitsplatzes unter einem Login: E-Mail, Kalender, Kontakte, Aufgaben- und Projektmanagement, Video- und Chatfunktionen sowie Notizen- und Wissensdatenbanken. Alle einzelnen Anwendungen von openDesk basieren auf am Markt etablierten Open-Source-Lösungen aus Deutschland und der EU. Damit baut das ZenDiS eine Brücke zwischen Öffentlicher Verwaltung und Digital-Mittelstand: Die Bedarfe der Verwaltung werden durch am Markt bestehende Lösungen bedient – und die Gelder fließen in die heimische Wirtschaft anstatt beispielsweise in die USA.

Webbasiert und unabhängig vom Betriebssystem

openDesk ist eine webbasierte Lösung, seine Nutzung erfolgt unabhängig vom Betriebssystem: Über einen Login kann von verschiedensten Endgeräten und von überall per Browser auf openDesk zugegriffen werden. Schnell zeichnete sich ein hohes Interesse an der Office- und Kollaborationssuite ab: Gut ein Jahr nach der Markteinführung organisieren bereits nahezu 100.000 Verwaltungsmitarbeitende mit openDesk ihren Arbeitsalltag, Verträge für 160.000 Lizenzen



PAMELA
KROSTA-HARTL
Geschäftsführerin Zentrum
für Digitale Souveränität
der Öffentlichen
Verwaltung
www.zendis.de

Fotos: ZenDiS

sind bereits verkauft. Prominenter Kunde ist beispielsweise das Robert Koch-Institut, das den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Deutschland mit openDesk vernetzt. Auch die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder führt die Gremienarbeit mit openDesk durch. Nächste Entwicklungsschritte von openDesk werden die Einbindung von Künstlicher Intelligenz sowie die verbesserte Anbindung an Fachverfahren sein.

Darüber hinaus unterstützt das ZenDiS Bund, Länder und Kommunen, indem es die Open-Source-Entwicklung stärkt. Dafür stellt das ZenDiS die Plattform openCode (www.opencode.de) bereit. Nahezu 11.000 Nutzende arbeiten auf openCode föderal übergreifend zusammen an Open-Source-Software, indem sie sie (weiter-)entwickeln, einander zur Verfügung stellen und nachnutzen. Neben Projekten wie dem Bundesmessenger stehen auf openCode auch Softwareprojekte wie der GA-Lotse für Gesundheitsämter oder die Smart Village App bereit, die bereits in vielen Kommunen in Deutschland eingesetzt wird.



Zivile Verteidigung und kommunale Resilienz in einer veränderten Gefährdungslage



Foto: hanoniki – stock.adobe.com

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich in den vergangenen Jahren spürbar verändert.

Neben den unmittelbaren Auswirkungen geopolitischer Spannungen werden Staat und Gesellschaft zunehmend mit hybriden Bedrohungen, Cyberangriffen sowie gezielten Störungen Kritischer Infrastrukturen konfrontiert. Gleichzeitig verschärft der Klimawandel die Risikolandschaft auch innerhalb Deutschlands.

Häufigere Extremwetterereignisse, langanhaltende Hitzeperioden sowie regionale Versorgungsengpässe stellen Belastungen unseres Systems dar, die bestehende Verwundbarkeiten verstärken können.

Krisen treten dabei immer seltener isoliert auf. Vielmehr überlagern sie sich, verstärken einander und entfalten ihre Auswirkungen häufig über längere Zeiträume und über administrative Grenzen hinweg. Ein Starkregenereignis kann auf eine bereits angespannte Energieversorgung treffen; ein Cyberangriff in einer Phase erhöhter gesellschaftlicher Verunsicherung zusätzliche Auswirkungen haben. Diese Entwicklungen verlangen nach einem erweiterten Verständnis von Vorsorge

und Schutz. Für Akteure auf allen Ebenen bedeutet dies, sich nicht nur auf einzelne Schadenslagen vorzubereiten, sondern die eigene Funktionsfähigkeit auch unter langanhaltenden, komplexen und sich überlagernden Belastungen sicherzustellen.

Umfassende Resilienzstrategie

Kommunen sind im Krisenfall häufig erste Anlaufstelle für die Bevölkerung. Sie organisieren Hilfeleistungen, koordinieren Einsatzkräfte und gewährleisten die Fortführung zentraler Verwaltungsleistungen. Zugleich betreiben oder verantworten sie selbst zentrale Infrastrukturen – etwa im Bereich Wasser, Abwasser, Energie oder IT – und sind damit sowohl Akteur als auch Betroffene möglicher Störungen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Zivile Verteidigung auch auf kommunaler Ebene an praktischer Bedeutung. Sie ergänzt den klassischen Katastrophenschutz um die

„Im kommunalen Kontext lässt sich Zivile Verteidigung als Bestandteil einer umfassenden Resilienzstrategie verstehen.“



PIA
WINTER
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
www.bbkk.bund.de

„Ziel ist es, zentrale staatliche und kommunale Funktionen auch dann aufrechtzuerhalten, wenn reguläre Abläufe erheblich gestört sind.“

Perspektive außergewöhnlicher, gegebenenfalls länger andauernder Belastungsszenarien. Im kommunalen Kontext lässt sich Zivile Verteidigung als Bestandteil einer umfassenden Resilienzstrategie verstehen. Dabei bildet der Allgefahrenansatz die fachliche Grundlage, indem Vorsorge- und Schutzmaßnahmen so entwickelt werden, dass sie auf verschiedene Ereignisse anwendbar sind, unabhängig davon, ob die Ursache technisch, natürlich oder sicherheitspolitisch zu verorten ist.

Zentrale Fragestellungen

Ziel ist es, zentrale staatliche und kommunale Funktionen auch dann aufrechtzuerhalten, wenn reguläre Abläufe erheblich gestört sind. Um Resilienz in diesem Sinne aufzubauen, müssen sich die verschiedenen Akteure mit einer Reihe zentraler Fragestellungen beschäftigen. Zum Beispiel: Wie können Verwaltungsprozesse bei einem längerfristigen IT-Ausfall fortgeführt werden? Wie bleibt die Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger erreichbar, wenn digitale Kommunikationswege eingeschränkt sind? Welche Leistungen müssen auch bei limitierten Ressourcen prioritär gesichert werden?

In der Praxis zeigt sich häufig, dass Resilienz nicht allein durch einzelne technische Lösungen entsteht, sondern vielmehr durch das Zusammenspiel organisatorischer Vorsorge, klarer Zuständigkeiten und eingeübter Zusammenarbeit. Instrumente wie Business Continuity Management oder Risiko- und Krisenmanagement wirken insbesondere dann, wenn sie miteinander verzahnt sind und regelmäßig überprüft werden.

Viele Kommunen verfügen bereits über wertvolle Erfahrungen aus der Bewältigung von Extremwetterlagen, der Corona-Pandemie oder großflächigen Stromausfällen. Die

Integration von Aspekten der Zivilen Verteidigung kann an diesen Erfahrungsschatz anknüpfen und ihn um weitere Perspektiven ergänzen – etwa im Hinblick auf längerfristige Infrastrukturstörungen oder komplexe Krisenlagen.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) unterstützt Länder und Kommunen dabei, Vorsorge, Schutz und Bewältigung außergewöhnlicher Gefährdungslagen weiterzuentwickeln. Als zentrale Fachbehörde des Bundes bündelt das BBK Erkenntnisse aus Forschung und Praxis, entwickelt methodische Grundlagen und stellt Instrumente bereit, die auch für kommunale Akteure nutzbar sind. Ein Beispiel hierfür ist der im Jahr 2024 gemeinsam mit Partnern aus der Energiewirtschaft veröffentlichte „Leitfaden für die Planung, die Einrichtung und den Betrieb einer Notstromversorgung in Unternehmen und Behörden“ aus der Reihe „Praxis im Bevölkerungsschutz“. Der Leitfaden arbeitet mit dem Szenario, eine Notstromversorgung für mindestens 72 Stunden aufrechterhalten zu können. Für Kommunen kann dies einen praxisnahen Orientierungsrahmen bieten, um eigene Planungen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Vorsorgeplan: Krisen, Katastrophen, Konflikte

Darüber hinaus hat das BBK gemeinsam mit der Handelskammer Hamburg im Dezember 2025 den Vorsorgeplan „Krisen, Katastrophen, Konflikte: Wie Sie Ihr Unternehmen in unsicheren Zeiten schützen“ herausgegeben. Mit diesem Leitfaden sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen ermutigt werden, ihre Krisenvorsorge systematisch zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Kleine und mittlere Unternehmen prägen in vielen Regionen die lokale Versorgungsstruktur, sichern Arbeitsplätze und stellen häufig auch kritische Dienstleistungen bereit. Eine systematische Krisenvorsorge in der Wirtschaft kann sich somit auch auf die Stabilität von Kommunen auswirken.

„Wie können Verwaltungsprozesse bei einem längerfristigen IT-Ausfall fortgeführt werden? Wie bleibt die Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger erreichbar, wenn digitale Kommunikationswege eingeschränkt sind?“

Foto: Pixel-Shot - stockadobe.com



Foto: sittinan - stock.adobe.com



Foto: Samady - stock.adobe.com

„Szenarien wie ein Angriff auf die Stromversorgung, der längerfristige Ausfall von Verkehrsinfrastruktur oder eine Kontamination der Trinkwasserversorgung können Ansatzpunkte für kommunale Krisenmanagementübungen sein.“

Darüber hinaus veröffentlicht das BBK Risikoanalysen und Lageeinschätzungen, die als fachliche Grundlage, auch für lokale Vorsorgeplanungen, dienen können. Arbeitshilfen zur Resilienz innerhalb der Verwaltung, zur Bevölkerungsvorsorge oder zur Szenarienarbeit unterstützen Kommunen dabei, bestehende Prozesse systematisch weiterzuentwickeln.

Aus- und Fortbildungsangebote

Auch Aus- und Fortbildungsangebote an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung sowie Übungsformate tragen dazu bei, Abläufe einzuüben und Schnittstellen zwischen verschiedenen Akteuren sichtbar zu machen. Die Weiterentwicklung von Warnsystemen und Instrumenten der Bevölkerungskommunikation ergänzt diese Ansätze und unterstützt Kommunen in ihrer zentralen Rolle bei Information und Orientierung der Bevölkerung. Das BBK versteht sich hierbei als fachlicher Partner, der bestehende Strukturen ergänzt und Impulse für eine schrittweise Weiterentwicklung gibt.

Ein zentrales Element der Zivilen Verteidigung ist die kontinuierliche Auseinanderset-

zung mit Szenarien. Diese sollte nicht allein innerhalb der Verwaltung stattfinden, sondern möglichst im Austausch mit weiteren relevanten Akteuren – etwa Hilfsorganisationen, Betreibern Kritischer Infrastrukturen oder Wirtschaftsvertretern vor Ort. Szenarien wie ein Angriff auf die Stromversorgung, der längerfristige Ausfall von Verkehrsinfrastruktur oder eine Kontamination der Trinkwasserversorgung können Ansatzpunkte für kommunale Krisenmanagementübungen sein. Ziel solcher Formate ist weniger die exakte Vorhersage eines Ereignisses als vielmehr die gemeinsame Reflexion von Zuständigkeiten, Abhängigkeiten und Handlungsoptionen. Gerade im Kontext hybrider Bedrohungen ist ein solches gemeinsames Lageverständnis von Bedeutung. Hybride Bedrohungen zielen nicht primär auf einzelne Infrastrukturen, sondern häufig auf die schrittweise Schwächung staatlicher Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Durch die Kombination aus Desinformation, Cyberangriffen und punktuellen Störungen können Unsicherheiten verstärkt und Vertrauen beeinträchtigt werden. Für Kommunen bedeutet dies, neben technischen Schutzmaßnahmen auch organisatorische Resilienz und klare Kommunikationsstrukturen in den Blick zu nehmen.

Die Integration von Aspekten der Zivilen Verteidigung in den Verwaltungsalldag ist eine komplexe Herausforderung. Vor diesem

Hintergrund haben sich niedrigschwellige und schrittweise Ansätze bewährt. Ein erster Schritt kann darin bestehen, bestehende Planungs- und Krisenstabsstrukturen um eine systematische Szenarienbetrachtung zu ergänzen. Planbesprechungen oder moderierte Workshops mit Führungskräften bieten Raum, um die prioritären Leistungen der Kommune zu identifizieren, kritische Abhängigkeiten zu analysieren und bestehende Notfallpläne auf ihre Belastbarkeit zu überprüfen. Erfahrungen aus Übungen zeigen zudem, dass eine enge ressortübergreifende Zusammenarbeit die Handlungsfähigkeit in Ausnahmesituationen deutlich erhöht. Ein gemeinsames Lageverständnis verschiedener kommunaler Akteure, wie Ordnungsamt, Katastrophenschutz, IT, Liegenschaftsverwaltung sowie Sozial- und Gesundheitsbereichen kann ebenfalls dazu beitragen, Abstimmungsprozesse zu beschleunigen und Entscheidungswege zu klären.

Kommunikationswege für den Ereignisfall

Der Dialog mit lokalen Betreibern Kritischer Infrastrukturen stellt einen weiteren wichtigen Baustein dar. Regelmäßige Austauschformate ermöglichen es, Erwartungen und Verantwortungen transparent zu machen, Abhängigkeiten frühzeitig zu erkennen und Kommunikationswege für den Ereignisfall abzustimmen.

Auch kleinere Übungsformate wie verwaltungsinterne Szenariodiskussionen können wertvolle Erkenntnisse liefern. Sie helfen, theoretische Annahmen in konkrete Abläufe zu übersetzen und Verbesserungspotenziale sichtbar zu machen.

Zivile Verteidigung lässt sich auch im kommunalen Kontext als ein kontinuierlicher Lern- und Entwicklungsprozess verstehen. Sie ergänzt bereits vorhandene Strukturen des Katastrophenschutzes um die Perspektive geopolitisch bedingter und länger andauernder Belastungsszenarien. Kommunen bringen hierfür bereits wichtige und vielfältige Erfahrungen mit, die eine tragfähige Grundlage bilden. Die Nutzung vorhandener Unterstützungsangebote, die systematische Auseinandersetzung mit Szenarien sowie der Austausch mit relevanten Akteuren und das gemeinsame Üben können dazu beitragen, die eigene Handlungsfähigkeit weiter zu stärken.

Das BBK begleitet diesen Prozess als fachlicher Partner und stellt Wissen, Instrumente und Vernetzungsangebote zur Verfügung, die an die jeweiligen kommunalen Rahmenbedingungen angepasst werden können.

Sicherheit beginnt vor Ort

Kommunen als erste Linie der Gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge

Integrierte Sicherheit beginnt beim Menschen

Das Konzept der Integrierten Sicherheit, wie es die deutsche Sicherheitspolitik heute prägt, beschreibt einen Perspektivwechsel: Sicherheit ist nicht länger primär eine staatliche Bereitstellungsleistung, die oben beschlossen und unten umgesetzt wird. Sie ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe des Wirkungsverbunds aus Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Sicherheit wird ganz wesentlich von allen Ebenen des Gemeinwesens getragen. Im Mittelpunkt steht dabei der Mensch. Er ist das Objekt von Schutzmaßnahmen, aber ausdrücklich auch aktives Subjekt für unsere Sicherheit.

Dieses Verständnis macht deutlich, dass Sicherheit nicht erst im Ausnahmezustand beginnt. Vielmehr erfordert die heutige Bedrohungslage ein Denken in kontinuierlicher Vorsorge und dauerhafter Handlungsfähigkeit.

„Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden.“

BUNDESKANZLER
FRIEDRICH MERZ

In diesem Zusammenhang gewinnt der Begriff Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge (GSV) an Bedeutung. Er stellt klar, dass Sicherheit nicht erst im Spannungs-

oder Verteidigungsfall beginnt, sondern das gesamte Kontinuum staatlichen Handelns umfasst – vom Frieden über Krisen und hybride Angriffe bis hin zu Ausnahmelagen.

GSV schließt ausdrücklich Vorsorge-, Resilienz- und Schutzmaßnahmen im Normalbetrieb ein. Ziel ist es, staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Funktionsfähigkeit frühzeitig zu sichern, Eskalationen vorzubeugen und ausreichende Handlungsfähigkeit zu jeder Zeit zu erhalten.

Dieses Verständnis hat weitreichende Konsequenzen. Wer den Menschen ins Zentrum der Sicherheitsarchitektur stellt, muss dort ansetzen, wo Menschen leben: in ihren Kommunen. Die Frage ist dann nicht mehr, ob Kommunen eine Rolle in der nationalen Sicherheit spielen. Die Frage ist, ob wir bereit sind, diese Rolle konsequent anzuerkennen und entsprechend auszugestalten.

Zentrum, nicht Peripherie

In der sicherheitspolitischen Debatte werden Kommunen häufig als letztes Glied in der Kette beschrieben: Bund und Länder planen, Kommunen setzen um. Dieses Bild ist falsch – und es wird gefährlicher, je komplexer die Bedrohungslage wird. Hybride Angriffe, denen die Bundesrepublik inzwischen kontinuierlich ausgesetzt ist, treffen keine abstrakten Staatsfunktionen. Sie treffen Verwaltungen, Wasserwerke, Kran-

kenhäuser, Rechenzentren, Verkehrsinfrastrukturen – Einrichtungen, die Kommunen betreiben, koordinieren oder verantworten. Die Bevölkerung erwartet im Ernstfall Antworten von denen, die vor Ort Gesicht zeigen.

Dass Kommunen dabei regelmäßig erst am Ende von Planungsprozessen eingebunden werden – wenn überhaupt –, ist kein bloßes Verwaltungsdefizit. Es ist ein strategischer Fehler. Wer über Resilienz spricht, ohne die Ebene einzubeziehen, auf der Resilienz zum Tragen kommt, denkt Sicherheit vom Schreibtisch aus, nicht in der Wirklichkeit. Kommunen sind nicht Empfänger nationaler Sicherheitspolitik. Sie sind operative Mitträger.

Die Verantwortung vor Ort beschränkt sich dabei nicht auf den Alltag. Die bekannte Formel „Der Frieden gehört den Ländern, der Krieg gehört dem Bund“ greift zu kurz.

Auf kommunaler Ebene gilt: Frieden wie Krieg gehören den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Sie tragen Verantwortung für Gefahrenabwehr, öffentliche Ordnung und die Aufrechterhaltung der kommunalen Handlungsfähigkeit – unabhängig davon, ob es sich um Naturereignisse, Blackouts, hybride Angriffe oder militärische Szenarien handelt.

Bereits im Frieden existieren rechtliche Instrumente, die im Krisenfall Anwendung finden können. Vorsorgegesetze und Notfallregelungen ermöglichen Maßnahmen weit über den Alltagsbetrieb hinaus. Diese Grundlagen müssen stärker bekannt, eingeübt und in Planungen integriert werden.

Rechtliche Grauzone als Sicherheitsrisiko

Eine der drängendsten, aber am wenigsten öffentlich diskutierten Fragen ist die nach Befugnissen im Ernstfall. Wer darf im Spannungs- oder Verteidigungsfall was anordnen? Wie werden kommunale Zuständigkeiten mit militärischen Erfordernissen in Einklang gebracht? Wie läuft die Koordination zwischen militärischer Lagebeurteilung und kommunaler Daseinsvorsorge ab? Auf all diese Fragen fehlen bisher belastbare, rechtlich gesicherte Antworten.

Das ist kein theoretisches Problem. Kommunen sollen heute schon sicherstellen, dass Truppenverlegungen durch ihr Territorium reibungslos möglich sind, dass ihre Mitarbeitenden sicherheitsbezogene Aufgaben wahrnehmen können und dass Evakuierungspläne mit übergeordneten Planungen abgestimmt sind – ohne dass geklärt wäre, unter welchen verwaltungsrechtlichen Bedingungen das alles geschieht. Ohne klare Grundlage ist das Improvisation. Und Improvisation ist kein taugliches Fundament für nationale Sicherheit.

Dabei geht es nicht nur um Effizienz. Die enge Verzahnung zwischen Bundeswehr und zivilen Akteuren vor Ort ist auch eine Frage gesellschaftlicher Legitimation. Militärische Schlagkraft und demokratische Einbindung bedingen einander – das ist der Kern der Inneren Führung. Kommunen sind das gesellschaftliche Fundament, das Akzeptanz für notwendige Maßnahmen sichert. Diese Verankerung funktioniert nicht im Ernstfall auf Zuruf. Sie muss in Friedenszeiten strukturell verankert und rechtlich abgesichert sein und geübt werden.

Die bestehenden Unsicherheiten zeigen sich auch in wenig bekannten rechtlichen Mechanismen. Ein zentraler, in der Praxis jedoch oft unterschätzter Mechanismus ist der sogenannte Zustimmungsfall. Er beschreibt Konstellationen, in denen Maßnahmen des Bundes oder militärische Erfordernisse die Mitwirkung oder Zustimmung kommunaler Behörden erfordern. In der Praxis entscheidet sich hier, ob sicherheitsrelevante Maßnahmen rasch umgesetzt werden können oder durch Kompetenzkonflikte blockiert werden.

„Wer darf im Spannungs- oder Verteidigungsfall was anordnen?“

Foto: freepik.com

ANZEIGE

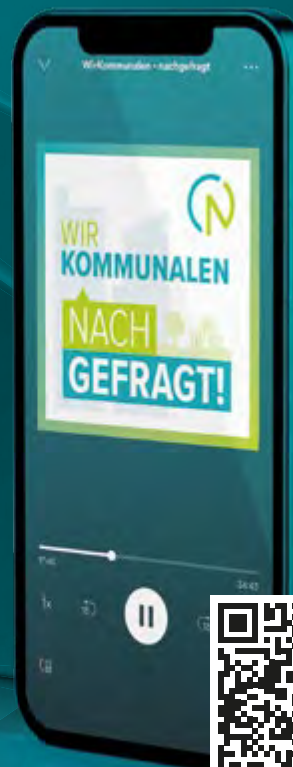
DER PODCAST

DES NETZWERKS DER JUNGEN BÜRGERMEISTER*INNEN

„WirKommunalen Nachgefragt“ ist der Podcast des Netzwerks der Jungen Bürgermeister*innen. Der Podcast ist ein Angebot von den und für die Jungen Bürgermeister*innen und alle kommunal Interessierten. Es geht um Erfahrungsaustausch, Informationen zu Hintergründen, über gute Ideen und politische Einschätzungen.



NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN



HÖREN,
WAS
DICH
BEWEGT.



JETZT REINHÖREN:



Foto: Katja - stock.adobe.com

Hinzu kommt der Bündnisfall. Ein Angriff auf einen NATO-Partnerstaat kann kollektive Verteidigungsmaßnahmen auslösen, ohne dass Deutschland selbst unmittelbar angegriffen wird. Deutschland würde in einem solchen Szenario zur logistischen Drehscheibe. Für Kommunen bedeutet das erhöhte Belastungen durch Truppenbewegungen, Schutz kritischer Infrastruktur und Versorgungsanforderungen – selbst wenn sich die Sicherheitslage vor Ort scheinbar nicht verändert hat.

Diese Szenarien verdeutlichen, dass rechtliche Klarheit und abgestimmte Verfahren keine theoretische Frage sind, sondern Voraussetzung praktischer Handlungsfähigkeit, auch schon im Frieden.

Eigenverantwortung ja – aber nicht allein

Was Kommunen in eigener Initiative bereits leisten, ist beachtlich. Krisenstabsstrukturen, Katastrophenschutzplanungen, Anlaufstellen für die Bevölkerung im Blackout-Fall, Programme zur Einbindung und Zertifizierung von Ehrenamtlichen – all das entsteht vielerorts aus kommunalem Eigenantrieb, häufig ohne nennenswerte Unterstützung von Bund oder Ländern. Das zeugt von gelebter Verantwortung. Es darf aber nicht der Maßstab sein.

Denn wenn die Qualität der kommunalen Sicherheitsvorsorge davon abhängt, ob der zuständige Dezernent das Thema zur Chefsache macht oder nicht, ist die Resilienz insgesamt dem Zufall überlassen. Ob

eine Kommune ihren Beitrag zur nationalen Sicherheit leistet, darf keine Frage des individuellen Engagements sein. Es ist ihr

„Was Kommunen in eigener Initiative bereits leisten, ist beachtlich.“

Kernauftrag – mit klaren Erwartungen von Bund und Ländern, verbindlicher Einbindung in die übergeordnete Planung und einer Finanzausstattung, die dieser Erwartung Rechnung trägt. Das Sondervermögen

hat hierzu den haushaltspolitischen Spielraum eröffnet. Jetzt muss sichergestellt werden, dass die Mittel auch dort ankommen, wo Sicherheit im Ernstfall tatsächlich gewährleistet werden muss: vor Ort.

Zur kommunalen Resilienz gehört nicht nur Planung, sondern auch personelle Durchhaltefähigkeit. Verwaltungen, Versorgungsbetriebe, IT-Strukturen und Gefahrenabwehr müssen auch unter Ausnahmebedingungen arbeitsfähig bleiben. Dafür ist qualifiziertes Personal erforderlich.

Dieses Personal ist sicherheitsrelevant. Es kann im Ernstfall nicht gleichzeitig als Reservist der Bundeswehr, als Freiwilliger dem Technischen Hilfswerk oder anderen Organisationen zur Verfügung stehen. Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge verlangt daher eine abgestimmte und verbindliche Personalplanung, die kommunale Funktionsfähigkeit ausdrücklich berücksichtigt.

Föderalismus als Ressource

Die Lösung kann nicht Zentralisierung sein. Dezentrale Strukturen sind inhärent resilienter – ein Gemeinwesen, das auf

„Sicherheit geht alle Menschen in unserem Land etwas an, alle tragen dafür Verantwortung und haben etwas beizutragen.“

NATIONALE SICHERHEITSSTRATEGIE
2023

viele tragende Schultern verteilt ist, lässt sich schwerer lähmen als eines, das zentral gesteuert wird. Der Föderalismus ist kein Hemmschuh für Integrierte Sicherheit. Er ist ihr natürlicher Rahmen, wenn er konsequent genutzt wird.

Was dafür gebraucht wird: ebenengerechte, digitale Lagebilder, klare Befugnisaufteilung für den Ernstfall, verbindliche Ressourcenplanung und – vor allem – die frühzeitige Einbindung der kommunalen Ebene in alle übergeordneten Planungsprozesse. Nicht als Adressat fertiger Entscheidungen, sondern als gleichberechtigter Partner, der die Strukturen und Gegebenheiten vor Ort kennt und in die Planung konstruktiv einbringt, als Ausdruck gelebter Gesamtstaatlichkeit.

Erste Linie, nicht letztes Glied

Integrierte Sicherheit ist kein Selbstzweck – sie muss mit Leben gefüllt werden. Das geschieht nicht allein durch übergeordnete Strategien. Es geschieht dort, wo der Staat den Menschen am nächsten ist. Kommunen sind nicht das letzte Glied in der Sicherheitskette. Sie sind ihre erste Linie. Wer das ernst nimmt, muss die Konsequenzen ziehen: strukturell, rechtlich, finanziell und personell. Denn eine Sicherheitsarchitektur, die auf der kommunalen Ebene aufbaut, ohne sie zu befähigen, ist kein Fundament. Sie ist Fassade.

WOLF-JÜRGEN
STAHL
Generalmajor
Präsident der
Bundesakademie
für Sicherheitspolitik
in Berlin



www.baks.bund.de

Jetzt anmelden und mit uns Zukunft gestalten!

Einladung zur NJB-Jahreskonferenz 2026

Am 21. und 22. Mai ist es wieder so weit: Wir treffen uns in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin zur Jahreskonferenz des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen.

Wer schon einmal dabei war, weiß: Diese zwei Tage sind kein gewöhnliches Treffen, sondern ein Kick-off für Ideen, Inspiration und Handlungsfähigkeit. Ein Ort, an dem wir miteinander lachen, diskutieren und Lösungen für unsere Kommunen entwickeln. Es ist unser Event des Jahres, der Pflichttermin für alle jungen Rathauschefinnen und -chefs.

Im letzten Jahr waren wir schon über 350 Teilnehmende – dieses Jahr wollen wir noch mehr werden! Wir erwarten Delegationen aus Österreich und der Ukraine, die mit uns gemeinsam über Staatsmodernisierung, Digitalisierung, Sicherheit und Demokratie sprechen. Es sind diese Begegnungen, die unsere Konferenz so besonders machen – der Austausch auf Augenhöhe, das gemeinsame Lernen,

die Energie im Raum, wenn Bürgermeister*innen, Expert*innen und Partner unseres Netzwerks zusammentreffen, um wirklich etwas zu bewegen.

Wie immer werden die Panels und Workshops praxisnah und konkret, die Diskussionen immer konstruktiv und vielleicht manchmal auch hitzig sein. Es geht schließlich um etwas: um unsere Kommunen. Aussteller präsentieren innovative Ideen, mal von der Bühne aus, mal in kleinen Gesprächsrunden, Stuhl an Stuhl mit euch Bürgermeister*innen. Und wer weiß: Vielleicht kann Tim Sieper, der im letzten Jahr symbolisch den Staffelstab des Netzwerks als jüngster Bürgermeister Deutschlands überreicht bekam, ihn dann an eine*n noch jüngere*n Kolleg*in weiterreichen.



Fotos: Lisea Johannissen



VORABEND-PREMIERE: Bürgermeister*innen-Darts

Los geht es bereits am **20. Mai**, dem Vorabend unserer Konferenz, mit einer Premiere: der Bürgermeister*innen-Darts-Meisterschaft in der **DARTEREI Berlin-Weißensee**. Hier geht es nicht ums Profi-Spielen, sondern um Spaß unter Freund*innen, um neue Kontakte und das lockere Miteinander. Wir treffen Kolleg*innen aus ganz Deutschland, stoßen schon einmal auf die anstehenden Tage an – und vielleicht landet der ein oder andere Pfeil ja direkt in der Triple 20.

Für Verpflegung ist gesorgt: Snacks, Pizza und Getränke sind inklusive, die Startgebühr fließt in einen sozialen Zweck. Ein kleiner Wettkampf, große Stimmung – und eine perfekte Gelegenheit, schon einmal ins Wir-Gefühl der Konferenz einzutauchen. Dieses lockere Warm-up ist ein Muss für alle, die gerne Spaß und Networking verbinden.



**DARTS-TURNIER AM VORABEND
HIER ANMELDEN:**

www.junge-buergermeisterinnen.de/anmeldung-2

TAG 1

Handfest, praxisnah, direkt

Am **21. Mai** starten wir mit der Mitgliederversammlung des Vereins. Hier blicken wir auf das vergangene Jahr zurück, stellen neue Angebote des Netzwerks vor und tauschen uns über die Arbeit im Verein aus. Danach heißt es: Tür auf zur Jahreskonferenz – gemeinsam in den Tag starten.

Staatsmodernisierung & Digitalisierung

Schon im ersten Themenblock wird klar: Kommunen sind Motoren der digitalen Transformation. In einer Keynote von Prof. Dr. Kristina Sinemus (angefragt), Hessische Staatsministerin für Digitalisierung und Innovation, geht es um die Frage: Wie können wir unsere Verwaltungen fit für die Zukunft machen? Welche digitalen Tools erleichtern unseren Alltag, unsere Prozesse und den Service für Bürger*innen?

Im anschließenden Panel diskutieren wir mit ihr sowie mit Klaus Effing (KGSt), Philipp von der Wippel (ProjectTogether) und Maren Busch (NJB) über Chancen, Stolpersteine und konkrete Umsetzungsbeispiele – ein Mix aus

Inspiration, Praxiswissen und offenen Fragen für jede oder jeden, die oder der digitale Projekte in der eigenen Kommune umsetzen will.

Sicherheit & Resilienz

Nach einer kurzen Pause geht es weiter mit einem Thema, das uns alle betrifft: Sicherheit und Resilienz der Kommunen. Generalmajor Wolf-Jürgen Stahl, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, eröffnet den Block mit einer Keynote über die Herausforderungen für Kommunen in einer zunehmend komplexen Welt.

Im Panel diskutieren Dr. René Funk, Vizepräsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Dr. Rebecca Prell, Forschungsleiterin der Berliner Feuerwehr, sowie Martin Afsmuth aus unserem Bundesvorstand, wie wir unsere Städte und Gemeinden krisenfest und handlungsfähig machen. Auch Oleksii Makeiev, Botschafter der Ukraine, ist eingeladen. Es geht um konkrete Maßnahmen, den Schutz unserer Bürger*innen und darum, wie wir Resilienz aktiv leben – statt nur darüber zu reden.

Im Anschluss gibt es dann die nächste Neuerung: Werkstattgespräche zum direkten Austausch mit ausgewählten Ausstellern. Hier gibt es neue Impulse zu Themen wie Wärmewende,

Stadtentwicklung, Digitalisierung, Mobilität und kommunale Infrastruktur. Wir tauschen Erfahrungen aus und sammeln Ideen.

Hier lernt man Dinge, die man direkt umsetzen kann. Ziel ist, dass am Ende des Tages alle konkrete Impulse für die eigene Kommune mitnehmen.

Am Abend diskutieren Christoph de Vries, Parlamentarischer Staatssekretär im BMI, und Manuel Ostermann, stellvertretender Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft. Damit es nicht langweilig wird haben wir dazu auch Anna-Lena von Hoderberg von HateAid und Kevin Kühnert eingeladen. Vier Stühle, eine Meinung kann ja jede*r – wir wollen unterschiedliche Perspektiven konstruktiv zusammenbringen. Das dürfte die Gespräche beim anschließenden Networking spürbar beleben; eingeladen sind erneut junge Bundestagsabgeordnete aller demokratischen Parteien.



Foto: Liesa Johansson

TAG 2

Demokratie verteidigen, Zusammenhalt stärken

*Demokratie ist kein
Zuschauersport. Wir
müssen aktiv werden –
auf der Straße, im
Rathaus, im täglichen
Miteinander.*

Keynote von Altbundespräsident
Christian Wulff: „Standhaft
bleiben – Bedrohungen, Hass und
Hetze im Amt“

Foto: Laurence Chaperon

Der zweite Tag, der **22. Mai**, startet energie-
geladen. Neben Grußworten aus Österreich
und vom Deutschen Städte- und Gemein-
debund geht es direkt in die zweite Runde
der Werkstattgespräche mit unseren Aus-
stellern. Hier werden Inhalte vertieft, neue
Projekte diskutiert und Kontakte geknüpft.

Anschließend freuen wir uns auf eine Rede
von FDP-Chef **Christian Dürr**. Auch Vize-
kanzler und Finanzminister **Lars Klingbeil**
(SPD) ist angefragt. Mit beiden diskutieren
wir bundespolitische Perspektiven auf kom-
munale Handlungsfähigkeit und demo-
kratische Verantwortung.

Demokratie unter Bedrohung

Der emotionale Höhepunkt folgt mit der
Keynote von Altbundespräsident **Christian**

Wulff: „Standhaft bleiben – Bedrohungen,
Hass und Hetze im Amt“. Klar ist: Demo-
kratie ist kein Zuschauersport. Wir müssen
aktiv werden – auf der Straße, im Rathaus,
im täglichen Miteinander.

Im Panel mit **Ricarda Lang**, **Kerstin Klein**,
die den internationalen Blick auf das
Thema einbringt, sowie FIFA-Schiedsrich-
ter **Felix Zwayer** wird deutlich: Demokratie
braucht Standhaftigkeit, aber auch Kreati-
vität, Vernetzung und Mut. Hier zeigt sich,
warum wir als junge Bürgermeister*innen
nicht nur Verwalter*innen, sondern auch
Hüter*innen unserer Demokratie sind. Ihre
Perspektiven verbinden politische Erfah-
rung, gesellschaftliche Verantwortung und
den internationalen Blick – und zeigen, wie
wir Standhaftigkeit, Zusammenhalt und
Mut in unsere Kommunen tragen.

Warum du dabei sein musst

Die NJB-Jahreskonferenz ist ein
Pflichttermin für alle jungen
Bürgermeister*innen. Du triffst Men-
schen, die genauso motiviert sind wie
du, ihre Kommune voranzubringen.
Dich erwarten Gespräche, die ver-
binden, Ideen, die tragen, und Begeg-
nungen, aus denen Freundschaften
entstehen.

Letztes Jahr war die Energie schon
greifbar – dieses Jahr wird sie noch
größer: mehr Teilnehmende, neue
Workshops und noch mehr Praxis-
wissen für deine Kommune. Sei dabei,
wenn junge Bürgermeister*innen
aus Deutschland, Österreich und der
Ukraine zusammenkommen.

Zwei Tage voller Energie, Wissen, Inspiration und Wir-Gefühl – das darfst du nicht verpassen!

Und noch etwas: Wer schnell ist, kann
sich noch Kombitickets mit Über-
nachtung sichern. Die ursprünglichen
Hotelkontingente waren bereits aus-
gebucht, doch wir konnten zusätzli-
che Zimmer organisieren. Schnell
anmelden lohnt sich!

JETZT
ANMELDEN!



**Sei dabei, wenn wir
gemeinsam Kommunale
Zukunft gestalten!**

HIER ANMELDEN:

[tms.aloom.de/jahreskonferenz-
2026-netzwerk-junge-buerger-
meisterinnen](https://tms.aloom.de/jahreskonferenz-2026-netzwerk-junge-buergermeisterinnen)



Foto: Liesa Johannsen

Mehr als nur Selbstverwaltung

Warum die kommunale Demokratie jetzt erneuert werden muss

In diesem Jahr drehen sich viele Debatten um die anstehenden Landtagswahlen: Koalitionsoptionen, Machtverschiebungen, bundespolitische Signale.

VON DR. KAI UNZICKER*
UND ANDREAS GRAU*



Foto: Red Tiger Design/stock.adobe.com

Weniger Aufmerksamkeit erhalten dagegen die Kommunalwahlen in Bayern, Hessen und Niedersachsen. Doch gerade vor Ort wird Demokratie konkret erlebt: Hier entscheidet man über Kitas, Schulen, Straßen, soziale Infrastruktur und Klimaanpassung, also über den Alltag und die Lebenswirklichkeit der Menschen. Hier treffen Staat und Bürgerinnen und Bürger unmittelbar aufeinander.

Die Kommune gilt deshalb als „Grundschule der Demokratie“. Zwar ist das Vertrauen in die Kommunalpolitik regelmäßig höher als auf anderen politischen Ebenen. Doch dieser Vertrauensvorsprung ist brüchig. Das Interesse an Kommunalpolitik schwindet. Die Wahlbeteiligungen liegen unter denen bei Landtags- und Bundestagswahlen. Vollerorts fällt es Parteien schwer, Kandidierende zu finden. Immer häufiger bleiben die Besucherreihen leer, und ob die Lokalzeitung berichtet, ist Glückssache. Gleichzeitig berichten immer mehr kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger von einem rauen Klima.

Hinzu kommt eine angespannte Finanzlage, die vielen Kommunen kaum noch Raum zum Handeln lässt. Der **Kommunale Finanzreport** der Bertelsmann Stiftung zeigt: 2024 verzeichneten die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 24,8 Milliarden Euro das höchste Defizit ihrer Geschichte in den kommunalen Kernhaushalten. Während die Einnahmen stagnierten, liefen anders als in früheren Krisen die Ausgaben aus dem Ruder. Während die Einnahmen 2024 ins-

gesamt betrachtet um fünf Prozent stiegen, wuchsen die Ausgaben um fast zehn Prozent. Eine Besserung ist nicht in Sicht: Das Defizit aller deutschen Städte wird für das Jahr 2025 – noch höher – auf 30 Milliarden Euro geschätzt.



Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint seit 2008.

Er untersucht die Kommunen der Flächenländer und basiert auf den jeweils aktuellen amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die Finanzlage im regionalen Vergleich anhand wichtiger Indikatoren darzustellen und Lösungsoptionen aufzuzeigen. Der Kommunale Finanzreport 2025 wurde in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erarbeitet.



Foto: Bertelsmann Stiftung



DR. KAI UNZICKER

leitet das Projekt „Demokratie erneuern“ im Programm Demokratie und Zusammenhalt der Bertelsmann Stiftung.

E-Mail: kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

„Das Interesse an Kommunalpolitik schwindet. Die Wahlbeteiligungen liegen unter denen bei Landtags- und Bundestagswahlen.“

Verwaltung des Mangels

Diese Entwicklungen sind nicht allein konjunkturell erklärbar. Sie weisen auf grundlegende Probleme im föderalen System hin. Aufgaben werden übertragen und Standards erhöht, doch die zur Verfügung stehenden Ressourcen und die Strukturen wachsen nicht mit. In vielen Kommunen bleibt kaum Spielraum für freiwillige Aufgaben oder strategische Zukunftsinvestitionen. Wenn aber vor Ort nichts mehr entschieden werden kann, droht die kommunale Demokratie zur Verwaltung des Mangels zu werden.

Vor diesem Hintergrund hat die Bertelsmann Stiftung das Projekt „**Demokratie erneuern**“ gestartet. Ziel ist es, zu untersuchen, wie es um die lokale Demokratie steht und wie sie wieder handlungsfähiger wird. Im Mittelpunkt stehen dabei die Strukturen vor Ort: das Zusammenspiel von Wählerinnen und Wählern mit Gemeinderäten und Verwaltung. Es geht um klare Verantwortlichkeiten, verlässliche Finanzierungsgrundlagen, attraktive Bedingungen für kommunale Mandatsträger, eine lebendige

politische Öffentlichkeit, niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten und eine moderne, leistungsfähige Verwaltung.

Das Projekt ist offen angelegt. Auf der Basis des aktuellen Forschungsstandes, im Austausch mit den Praktikerinnen und Praktikern vor Ort sowie in Modellversuchen und Experimenten, sollen neue Ansätze erprobt werden. Entscheidend ist: Reformen dürfen nicht kosmetisch bleiben, sondern müssen systemische Fragen adressieren und Veränderungen bringen. Haben Sie Ideen oder Vorschläge zur Besserung der Dinge? Dann kommen Sie gerne auf uns zu.

Die anstehenden Kommunalwahlen sind deshalb keineswegs nachgeordnete Termine im politischen Kalender. Sie sind ein Prüfstein für die Handlungsfähigkeit unserer Demokratie. Jetzt ist der Moment, die grundlegenden Fragen zu stellen: Welche Aufgaben gehören auf welche Ebene? Wie sichern wir kommunale Gestaltungsspielräume? Wie gewinnen wir neue Menschen, die vor Ort Verantwortung übernehmen? Wer die Demokratie stärken will, muss bei ihrem Fundament beginnen, in der Kommune.

„Wer die Demokratie stärken will, muss bei ihrem Fundament beginnen, in der Kommune.“



Foto: Sebastian Pfüze



ANDREAS GRAU

ist Senior Expert im Zentrum für digitale Gesellschaft und nachhaltige Kommunen der Bertelsmann Stiftung.

E-Mail: andreas.grau@bertelsmann-stiftung.de

ANZEIGE

ZEIG, WER DU BIST!

Finde deinen Stuhl
im NJB-Shop



NEUE
MOTIVE



Bürgermeister*in ist man mit Leib und Seele, warum dann nicht auch das Bürgermeister*in-Sein auf der Brust tragen?

Fürs Amt braucht man nicht nur Kostüm oder Anzug, sondern auch mal einen coolen Hoodie, ein schickes T-Shirt oder eine Base-Cap.



BRGR MSTR

NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN

NJB-SHOP.MYSPREADSHOP.DE

Willkommen im NJB-Shop.

Schau doch mal vorbei und finde dein Produkt.



Machtspiele, Misstrauen, Multikrise

Warum wir jetzt Inseln des Gelingens brauchen

Vom Vordenker des Wandels zum Oberbürgermeister: Wuppertals ehemaliger OB **Uwe Schneidewind** spricht mit Bürgermeister a.D. und NJB-Mitgründer **Christoph Meineke** offen über Machtmechanismen im Stadtrat, Verwaltungsguerillas und die Kunst der „brauchbaren Illegalität“.

Das Rathaus in Barmen, Wuppertal.

Ein Gespräch über Gestaltungswillen, Ernüchterung, und wie wir vorankommen – selbst wenn der Gegenwind rauer wird.

Herr Schneidewind, Sie eröffnen Ihr Buch „Dienstschluss“ anekdotisch, gar staunend mit einer Episode über die Logiken der Macht im Wuppertaler Stadtrat. Ein ehrenamtlich engagierter Fraktionsvorsitzender stellt klar: Um kein Scheitern ihrer durchaus wohlmeinenden und gut begründeten Initiativen zu riskieren, müssten sie zuerst ihn fragen und vielleicht mal einen Aufsichtsratsposten in den Ring werfen. Vieles liefe dann schon – jegliches Sachargument hintangestellt. War nicht Ernüchterung, gar Enttäuschung vorprogrammiert, als Sie als renommierter Transformationsforscher in der nüchternen Realität deutscher Kommunalpolitik angekommen waren?

Als ich 2020 antrat, befanden wir uns ja in einer idealistischen Phase, was den Wandel in Städten anging. Fridays4Future feierte große Erfolge, die EU hatte den Green Deal beschlossen, da schien jetzt vieles auf kommunaler Ebene möglich. Und dass die Wuppertaler Wähler*innen sich ganz bewusst entschieden hatten, einen Transformationsforscher mit grünem Parteibuch an die Spitze der Stadt zu wählen, nahm ich als Ermunterung, dass die Stadt bereit ist für eine

„Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung war für mich die positivste Überraschung im Amt.“

Uwe Schneidewind

DIENTSCHLUSS

Herausforderung Kommunalpolitik

Wagenbach

Das Buch von Uwe Schneidewind ist am 12. März im Verlag Klaus Wagenbach erschienen. www.wagenbach.de/buecher/titel/dienstschluss

sachorientierte Transformationspolitik. Aber ich habe einige der weiterwirkenden Machtmechanismen unterschätzt, zumal ja auch schon sehr bald durch die Multikrisen ein massiver Stimmungswechsel mit Blick auf die damaligen Transformationsthemen einsetzte.

Wie hätte denn Wandel in der idealtypischen Welt funktioniert?

Man hätte sich konstruktiv unter breiter Beteiligung der Stadtgesellschaft auf eine Transformationsagenda für die Stadt verständigt, die ökonomische, soziale und ökologische Randbedingungen berücksichtigt und sich an nationalen und internationalen Best Practices orientiert.

Stichwahl gewonnen, Rathaus, Chefsessel. Dort begegnen Sie recht originellen Archetypen: Verwaltungspartisanen, -fatalisten und -guerillas. Was sind das für Damen und Herren?

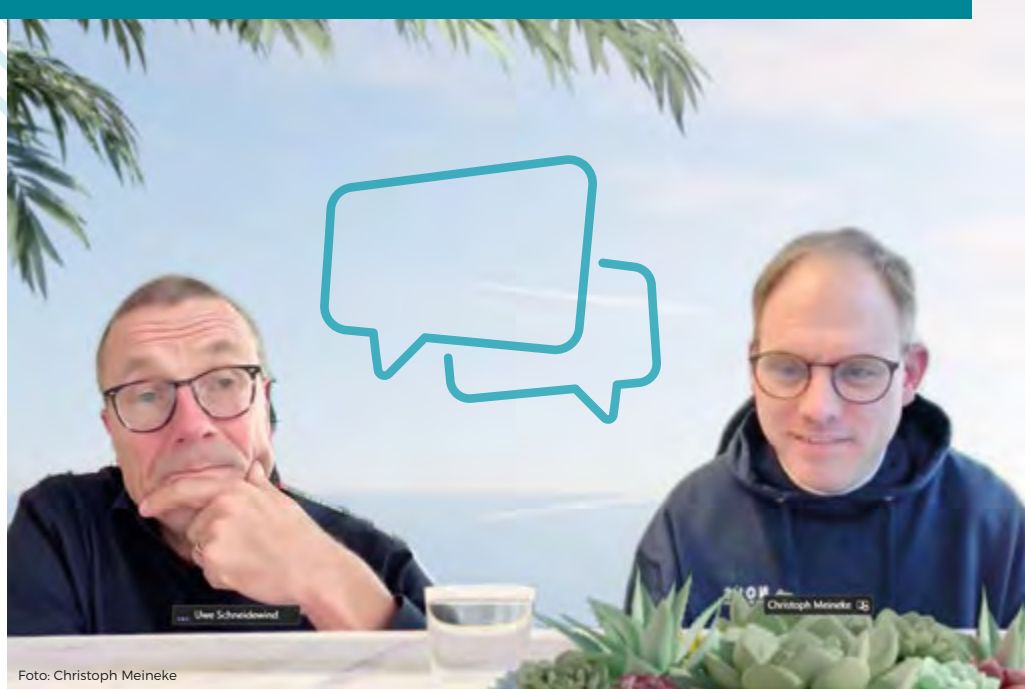
Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung war für mich die positivste Überraschung im Amt. Denn dort gibt es in der großen Mehrheit Menschen, die als Überzeugungstäter*innen die Stadt voranbringen wollen und sich auch von widrigen Randbedingungen und manchmal erratischer Politik davon nicht abbringen lassen. Ohne diesen Kreis engagierter „Guerilla“, wie ich sie im Buch nenne, in der Verwaltung würde in vielen Städten schon lange nichts mehr laufen.

Wie hegt man die Partisanen ein, anstatt sich von ihnen ausbremsen zu lassen?

Natürlich gibt es auch in der Stadtverwaltung „Partisanen“, das sind Akteure, die unter Rückgriff auf eine enge Auslegung von Regeln ihr Revier gegen Innovationen und Zumutungen verteidigen und die dadurch auch die Wahrnehmung einer Stadtverwaltung negativ prägen. Hier ist es wichtig, dass sie keine Schlüsselpositionen in der Verwaltung wahrnehmen und auch klar kommuniziert wird, dass das nicht das Bild von Stadtverwaltung ist, das nach außen strahlen soll.

Sie gehen nicht zimperlich mit Fallbeispielen in Ihrem Buch um. Wie war denn Ihr persönlicher Führungsstil im Rathaus?

Ermöglichend. Mir ging es darum, den engagierten Akteuren in der Verwaltung



Freiräume zu geben und darüber in die Gesamtverwaltung deutlich zu machen, dass Eigeninitiative und Engagement Unterstützung durch die Führung der Stadtverwaltung erhält. Nicht Fehlerfreiheit, sondern Wirksamkeit und Pragmatismus sollte als Leitlinie des Verwaltungshandelns sichtbar werden.

Und im Umgang mit all den „Frequent Flyern“ aus der Stadtgesellschaft, die in jeder Sitzung und auf jeder Plattform ihren Senf dazugeben?

Das gehört zum Hintergrundrauschen mit dazu. In der Regel ist das nur ein kleiner Kreis der immer wieder selben Akteure, der sich in seiner Wahrnehmung dann irgendwann selbst verbraucht. Gerade auf Social Media ist es wichtig, dass konstruktive Akteure immer wieder dagegehalten, damit man nicht einer kleinen Zahl an Miesepetern die Hoheit über die Gesamtstimmung gibt.

„Nicht Fehlerfreiheit, sondern Wirksamkeit und Pragmatismus sollte als Leitlinie des Verwaltungshandelns sichtbar werden.“

Sie zitieren die „brauchbare Illegalität“ aus der Organisationsforschung. Wie oft standen Sie denn mit einem Bein im Gefängnis?

Im Buch nenne ich das das „3-Augenprinzip“: Wenn die Arbeitsebene mit beiden Augen keinen rechtlich absolut sicheren Weg findet, dann ist es die Vorgesetzte,

die bereit ist, ein Auge für eine pragmatische Lösung zuzudrücken. Zum Beispiel eine durchgehende Tempo-30-Zone zwischen zwei Kindergärten zu genehmigen, auch wenn sie nicht ganz der Straßenverkehrsordnung, aber dem gesunden Menschenverstand entspricht und man davon ausgehen kann, dass ohnehin niemand dagegen klagt.

„Der Tonfall ist nicht nur aggressiv, sondern oftmals bereits strafrechtlich relevant ...“

Quer durchs Land erleben wir einen tiefgreifenden Wandel der kommunalen Öffentlichkeit. Wegbrechen der etablierten Presselandschaft, Blasenbildung ... Sie nennen es „Misstrauenskulturen“. Wie soll denn da Transformation und Mitnehmen gelingen?

Das ist eine große Herausforderung. Um eine diverse Stadtgesellschaft heute überhaupt noch kommunikativ zu erreichen, muss man eine Vielzahl von Kommunikationskanälen mit ganz unterschiedlichen (Bild-)Sprachen bedienen. Das erfordert eine authentische Kommunikationskompetenz und ein professionelles Kommunikationsteam. Das ist durchaus möglich, wie das Beispiel gerade vieler erfolgreicher junger Bürgermeister*innen zeigt. Aber diese Aufgabe wird immer herausfordernder.

In meinem ersten Wahlkampf 2006 spielte Social Media schon eine wichtige Rolle. Die jetzt ins Amt kommenden Kolleg*innen bespielen die Plattformen meisterhaft. Im Gegensatz zu damals sind die Rückkopplungen und Diskussionen heute erschreckend: Der Tonfall ist nicht nur aggressiv, sondern oftmals bereits strafrechtlich relevant ...

... absolut. Wichtig ist dabei, dass nicht nur die Bürgermeisterin selbst kommuniziert, sondern auch die kommunikative Unterstützung aus dem Umfeld gut organisiert ist, um die entsprechenden Dynamiken einzufangen.



UWE SCHNEIDEWIND

ist Politiker (Bündnis 90/Die Grünen) und Wirtschaftswissenschaftler. Von 2020 bis 2025 war er Oberbürgermeister der bergischen Großstadt Wuppertal.

Foto vom Stein, Stadt Wuppertal

Sie waren Leiter einer Universität, Direktor eines Thinktanks, Analyst und Berater – und dann Oberbürgermeister. Sie kennen kommunikative Logiken und soziale Systeme. Warum fällt es uns immer schwerer, miteinander zu reden und uns gesellschaftlich zu synchronisieren?

In einer Welt, die mit ihren massiven Umbrüchen immer mehr Zumutungen bereithält und damit Ängste und Verunsicherungen auslöst, ist der Rückzug in emotionale „Safe Spaces“ verlockend. Hier erhält man Bestärkung für seine Weltsicht, und es lassen sich schnell vermeintlich schlüssige Ursachen und Verantwortliche für die eigenen Herausforderungen identifizieren. Eine offene Gesellschaft, in der man miteinander in den Disput um die beste Lösung geht und auch Widerspruch aushalten kann, ist auf ein tiefes Grundvertrauen angewiesen. Das geht heute immer mehr verloren.

Die Angst vor Veränderung scheint in der deutschen Stimmungslage tief verwurzelt. Welche Erkenntnisse aus der Transformationsforschung würden Sie nahelegen, um voranzukommen?

Aus der Transformationsforschung wissen wir, dass es der emotionalen Kraft des gelungenen Beispiels und des gemeinsamen Handelns bedarf, um die Misstrauensspiralen zu durchbrechen. Gerade vor Ort im Quartier und der Kommune ist so etwas noch am

besten möglich – in der Stadtteilinitiative, im Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr. Diese Orte des gemeinsamen Handelns sind für den Erhalt der lokalen Demokratie von zentraler Bedeutung.

Wie kann man dies aus dem Amt heraus voranbringen?

Hier ist es wichtig, dass diese Form der Initiative aktiv unterstützt wird und nicht noch administrativ ausgebremst wird – sei es durch überstrenge Sicherheitsauflagen beim Vereinsfest oder komplexe Antrags- und Abrechnungsmechanismen bei einer kommunalen Förderung.

Sie schreiben von „Inseln des Gelingens“. Wie schafft man diese mit seiner Stadt oder Gemeinde – ohne sich einsam wie Robinson Crusoe zu fühlen?

Das Bild der „Inseln des Gelingens“ soll deutlich machen, dass es immer wieder einzelne Initiativen sind, die „Akupunkturpunkte“ in einer Stadt setzen, also deutlich machen, was eigentlich möglich ist, und damit andere motivieren. In Wuppertal sind das solche Projekte wie die „Nordbahntrasse“, ein aus der Bürgerschaft entwickelter 20 km langer Radweg an den Nordhöhen der Stadt – mit prägenden Orten wie der „Utopiastadt“ oder dem „Bob-Campus“, an denen die Stadtgesellschaft immer wieder zusammenkommt für soziale und kulturelle Projekte.

Und der zivilgesellschaftliche Schulterschluss?

Am Ende sind es immer engagierte Menschen, die andere mitreißen und damit eine ganze Bewegung auslösen.

Zum Abschluss: Was geben Sie unseren Verantwortungsträgern im Netzwerk mit auf den Weg?

Erstens: mit den positiven Energien gehen und sich nicht an den negativen Energien in der Kommune verkämpfen. Zweitens: Dachprojekte schaffen, in die man viele Themen einhängen kann und die eine breite Identifikation der Menschen ermöglichen. Drittens: gerade in schwierigen Phasen aktive Unterstützung aus dem eigenen Umfeld einfordern. Dann am Ende schafft es keine Bürgermeisterin und kein Bürgermeister allein, allein die positive Energie in der eigenen Stadt hochzuhalten.

Herzlichen Dank für das Gespräch!



Foto Jennifer Bullert, Metropol Region

Christoph Meineke beim Online-Interview.

Olivia und Andre Stenda

Zwei Menschen, ein gemeinsames Leben –

und doch unterschiedliche politische Wege

Wenn im hessischen Landkreis Hersfeld-Rotenburg über Kommunalpolitik gesprochen wird, fällt ein Name derzeit besonders häufig: Stenda. Genauer gesagt: Olivia und Andre Stenda. Zwei Menschen, ein gemeinsames Leben – und doch unterschiedliche politische Wege. Was nach Konfliktstoff klingt, ist in Wahrheit ein bemerkenswertes Beispiel für demokratische Kultur auf kommunaler Ebene.

Andre Stenda ist Bürgermeister der Gemeinde Hohenroda. In seinem Amt steht er für eine pragmatische, sachorientierte Kommunalpolitik mit klarem Fokus auf Infrastruktur, solide Finanzen und die Stär-

kung des ländlichen Raums. Nun kandidiert er für den Kreistag – für die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU). Sein Ziel: die Interessen der Gemeinden im Kreis noch stärker einzubringen und kommunale Perspektiven auf Kreisebene hörbar zu machen.

Seine Frau Olivia Stenda ist Justiziarin im Schwalm-Eder-Kreis und engagiert sich bereits seit der laufenden Wahlperiode im Kreistag. Sie kandidiert erneut – allerdings für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Ihr politischer Schwerpunkt liegt insbesondere auf



Foto: Jan-Christoph Eisenberg/HZ

Das Ehepaar Andre und Olivia Stenda tritt zur Kreistagswahl für unterschiedliche Parteien an.

ANZEIGE

Ein Veranstaltungs-Highlight mit
kommunalem Themenschwerpunkt:

EXPERTEN-PANEL LIVE AUF DER IFAT

Thema: ÖPP als Lösungsansatz für
strukturelle Herausforderungen
der Kommunen

Wertvolle Kontakte,
spannende Insights.
Jetzt Termin eintragen.



Di, 05.05.2026, 13–14 Uhr, IFAT, Messe
München, Halle A6, BDE-Stand 241

Mit dem Code **BDE_IFAT2026** erhalten Sie kostenfreie
Tagestickets für die IFAT Munich 2026. Pro Besuchstag ist
eine separate Einlösung erforderlich.
<https://tickets.messe-muenchen.de/MM-SHOP/IFT26/Register>

Eine Kooperation von:



BDE

Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Kreislaufwirtschaft e.V.



REMONDIS®

IM AUFTRAG DER ZUKUNFT

„Unterschiedliche Parteizugehörigkeiten bedeuten keine Gegnerschaft im persönlichen Sinne, sondern Ausdruck pluralistischer Demokratie.“

sozialer Gerechtigkeit, Bildungsfragen und der Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe. Sie bringt Erfahrung aus der bisherigen Kreistagsarbeit mit und kennt die Abläufe, Herausforderungen und Gestaltungsspielräume auf Kreisebene aus erster Hand.

Demokratie im Alltag

Was diese Konstellation besonders macht, ist nicht allein die parteipolitische Unterschiedlichkeit. Es ist der respektvolle Umgang miteinander – privat wie politisch. Während in politischen Debatten auf Landes- oder Bundesebene Polarisierung oft im Vordergrund steht, zeigt das Beispiel der Familie Stenda, dass Demokratie im Alltag anders gelebt werden kann: mit Argumenten statt persönlichen Angriffen, mit Haltung statt Härte.

In Gesprächen betonen beide, dass politische Diskussionen am heimischen Küchentisch durchaus intensiv sein können. Unterschiedliche Positionen werden klar vertreten, aber immer mit gegenseitigem Respekt. Genau darin sehen sie auch eine Stärke: Wer unter-

schiedliche Perspektiven im direkten Austausch erlebt, schärft den eigenen Blick und lernt, Kompromisse als Gewinn und nicht als Schwäche zu begreifen.

Für die kommunale Ebene ist das eine wertvolle Haltung. Gerade im Kreistag treffen vielfältige Interessen aufeinander – von Schulen über Sozialpolitik bis hin zu Wirtschaftsförderung und Infrastruktur. Parteipolitische Linien spielen eine Rolle, doch am Ende geht es um tragfähige Lösungen für die Menschen vor Ort. Dass in einer Familie zwei politische Überzeugungen koexistieren können, ohne das Gemeinsame aus dem Blick zu verlieren, sendet ein starkes Signal.

Politik lebt vom Dialog

Auch für das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen ist diese Geschichte interessant. Sie zeigt, dass kommunalpolitisches Engagement nicht eindimensional ist. Viele junge Amts- und Mandatsträger*innen bewegen sich in einem Spannungsfeld aus Beruf, Ehrenamt und Familie. Wenn dann noch unterschiedliche Parteibücher hinzukommen, braucht es ein hohes Maß an Dialogfähigkeit.

Andre Stenda bringt als Bürgermeister die operative Sicht aus dem Rathaus ein: Wie wirken sich Kreisentscheidungen konkret in einer Gemeinde aus? Wo entstehen bürokratische Hürden? Welche Unterstützung benötigen Kommunen tatsächlich? Olivia

„Wer unterschiedliche Perspektiven im direkten Austausch erlebt, schärft den eigenen Blick.“

Stenda ergänzt diese Perspektive mit ihrer Erfahrung aus der Kreistagsarbeit: Wie lassen sich Mehrheiten organisieren? Welche Projekte sind realistisch finanzierbar? Wo braucht es langfristige strategische Planung?

Unabhängig vom Wahlausgang bleibt eines festzuhalten: Das politische Engagement beider entspringt einer gemeinsamen Motivation – Verantwortung für die Region zu übernehmen. Unterschiedliche Parteizugehörigkeiten bedeuten dabei keine Gegnerschaft im persönlichen Sinne, sondern Ausdruck pluralistischer Demokratie.

Gerade in Zeiten, in denen politische Debatten zunehmend emotionalisiert werden, ist das ein ermutigendes Beispiel. Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen. Sie lebt aber ebenso vom Respekt vor Andersdenkenden. Dass beides unter einem Dach möglich ist, zeigen Olivia und Andre Stenda eindrucksvoll.

Für die Leser*innen von „WirKommunalen“ liegt darin vielleicht die wichtigste Botschaft: Kommunalpolitik ist nah an den Menschen. Sie ist persönlich, verbindend und manchmal auch kontrovers. Doch wenn Engagement, Verantwortungsbewusstsein und gegenseitiger Respekt zusammenkommen, entsteht genau das, was unsere Städte und Gemeinden brauchen – eine lebendige, konstruktive und zukunftsorientierte demokratische Kultur.



PRAXIS IMPULSE

Praxis und Austausch –
Beiträge zu innovativen Methoden
und Prozessen

S. 34

**Rechtsinformationen
in Zeiten von KI**

Wolters Kluwer

S. 35

**Digitale Bürger-
beteiligung im
kommunalen Alltag**

Nexus Politics

S. 36–37

**Nachhaltigkeit ist für
uns eine Frage der
Zukunftsfähigkeit**

Servicestelle Kommunen
in der Einen Welt

IMPRESSUM

Projektleitung und Redaktion: Henning Reichardt-Witzel (V.i.S.d.P.), ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Anzeigen: Kerstin Böhm, Henning Mahler, ASK **Layout & Satz:** ASK **Erscheinungstermin:** 3/2026

Einfach, aktuell und richtig

Rechtsinformationen in Zeiten von KI

Die öffentliche Verwaltung steht vor immer komplexeren Rechtsanforderungen bei gleichzeitig schrumpfenden Personalressourcen. KI-gestützte Lösungen können helfen, Rechtsinformationen automatisch aufzubereiten und in der Fallbearbeitung bereitzustellen.

Wolters Kluwer integriert KI-Technologien in seine speziell für die öffentliche Verwaltung entwickelten Expertenlösungen **eGovPraxis** und schafft damit neue Möglichkeiten für Effizienz und intelligente Entscheidungsprozesse. So lassen sich Informationsflut und Personalengpässe effektiv abfedern und gleichzeitig die Qualität von Entscheidungen deutlich erhöhen. Rechtsinformationen werden schneller, präziser und praxisgerechter in die Verwaltungsarbeit eingebunden. Aktuelle rechtliche Informationen werden automatisiert erfasst, ausgewertet und KI-gestützt direkt an der richtigen Stelle und im richtigen Format in der täglichen Fallbearbeitung den Sachbearbeitenden bereitgestellt.

Ohne aufwendige Recherche schneller entscheiden

Anstatt sich durch komplizierte juristische Suchlogiken zu arbeiten, können Sachbearbeitende künftig Fragen in natürlicher Sprache eingeben. Die KI interpretiert diese Eingaben, durchsucht die relevanten Datenbanken und liefert präzise Ergebnisse.



BURKHARDT
VITT

Associate Director
Digital Product
Management Public
& Customer Solutions

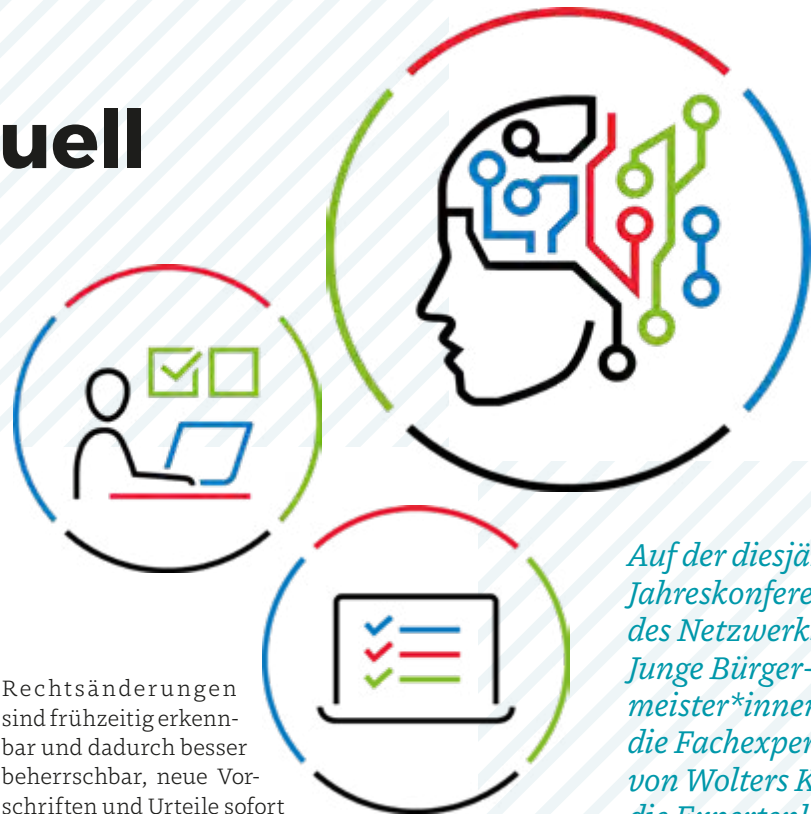
Foto: Wolters Kluwer

„Ein wesentlicher Mehrwert solcher praxisnaher KI-Lösungen besteht in der erheblichen Zeitersparnis.“

Rechtsänderungen sind frühzeitig erkennbar und dadurch besser beherrschbar, neue Vorschriften und Urteile sofort sichtbar. So werden Handlungsspielräume von Verwaltungsmitarbeitenden schneller erkannt und Unsicherheiten vermieden.

Ein wesentlicher Mehrwert solcher praxisnaher KI-Lösungen besteht in der erheblichen Zeitersparnis. Statt sich durch seitenlange Entscheidungen oder umfangreiche Dokumentationen zu arbeiten, erhalten die Mitarbeitenden komprimierte, qualitätsgesicherte Informationen aus allen relevanten Quellen – unabhängig davon, ob die Informationen in einem Dokumentenmanagementsystem, einer E-Akte oder in klassischen Ordnerstrukturen hinterlegt sind. So entsteht eine fundierte Entscheidungsgrundlage und Sachbearbeitende können selbst bei komplexen Fragestellungen zügig entscheiden.

Der KI-Assistent erleichtert zudem das Onboarding: Neue Kolleginnen und Kollegen – ganz gleich ob Abteilungswechsler*innen oder Quereinsteiger*innen – erhalten das notwendige Know-how unmittelbar über die Systeme, können, auch wenn sie mit juristischen Recherchestruckturen nicht vertraut sind, von Anfang an auf das entscheidungsrelevante Wissen zugreifen und ohne lange Einarbeitungszeiten produktiv arbeiten.



*Auf der diesjährigen Jahreskonferenz des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen stellen die Fachexpert*innen von Wolters Kluwer die Expertenlösungen für die öffentliche Verwaltung vor.*

Qualität, Transparenz und Nachvollziehbarkeit jederzeit gewahrt

Die öffentliche Verwaltung muss in einer zunehmend komplexen Umgebung effizient, rechtssicher und bürgerorientiert arbeiten. KI-basierte Systeme können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Sie beschleunigen Entscheidungsprozesse, erleichtern die Einarbeitung neuer Mitarbeitender und sorgen dafür, dass Rechtsinformationen immer dort verfügbar sind, wo sie gebraucht werden. Für die Mitarbeitenden heißt das mehr Sicherheit und Entlastung sowie weniger Zeitdruck – für Bürger*innen transparentere und schnellere Entscheidungen.



Mit digitalen Rechtsinformationen auf Wolters Kluwer Online, der eGovPraxis-Produktfamilie und Softwarelösungen wie dem Antrags-Manager ist Wolters Kluwer in der täglichen Praxis zahlreicher Städte und Gemeinden verankert.



Sie möchten mehr erfahren?
egovpraxis.de



MAGNUS
STROBEL
Nexus Politics
Co-Founder & CEO

Fotos: Nexus Politics

Digitale Bürgerbeteiligung im kommunalen Alltag

Wie Nexus Politics Bürgermeister*innen unterstützt

Bürgermeister*innen stehen heute vor vielfältigen Herausforderungen: steigende Erwartungen an Beteiligung und transparente Kommunikation bei gleichzeitig sinkenden personellen und finanziellen Ressourcen. Digitale Lösungen können dabei helfen, Bürgerbeteiligung niedrigschwellig, kostengünstig und wirkungsvoll zu gestalten. Ein praxisnahes Beispiel dafür ist das Münchner GovTech-Start-up Nexus Politics, das ein „Betriebssystem für digitale Demokratie“ entwickelt und Beteiligungs-, Governance- und Kommunikationstools auf einer zentralen Plattform bündelt.

Kernstück der Plattform ist das digitale Anliegenmelde- und Managementsystem. Bürger*innen können hier alle Themen einreichen – von kleinen Alltagsproblemen wie Schlaglöchern bis hin zu Fragen von nationaler Tragweite. Eine KI-gestützte Eingabemaske stellt gezielte Rückfragen, um Anliegen vollständig zu erfassen. Dieses Anliegen-Chatfenster kann direkt in kommunale oder private Websites eingebettet werden. Perspektivisch unterstützt ein automatisierter KI-Zuordnungsagent die Weiterleitung der Anliegen an die jeweils zuständigen Stellen, etwa an die Stadtverwaltung, Fachämter oder Bundesbehörden. So entfällt für Bürger*innen und Verwaltung die aufwendige Klärung von Zuständigkeiten.

Im angeschlossenen CRM-System können die Anliegen kollaborativ bearbeitet und der Bearbeitungsstand transparent dokumentiert werden. Ein zentrales Dashboard ermöglicht zudem datenbasierte Einblicke in die öffentliche Meinung vor Ort und zeigt, welche Themen die Menschen besonders bewegen. Mit integrierten Umfragetools können Kommunen aktuelle Fragestellungen aufgreifen und eigene Befragungen durchführen, die gezielt für bestimmte Bevölkerungsgruppen freigeschaltet werden, um differenzierte Einblicke nach Alter, Geschlecht oder Ortsteil zu erhalten.

Ergänzend dazu bietet Nexus Politics Bürgermeister*innen die Möglichkeit, ein kostenloses öffentliches Profil anzulegen. Auf dieser zentralen digitalen Anlaufstelle können sie ihre Positionen, Projekte und politischen Schwerpunkte transparent darstellen und ihre Arbeit kontinuierlich kommunizieren. Perspektivisch soll dieses Profil die eigene Website ersetzen und zusätzliche Funktionen – vom Newsletter-Versand bis hin zum Wahlkampfmanagement – integrieren.

„Kernstück der Plattform ist das digitale Anliegenmelde- und Managementsystem.“

Trotz des bereits breiten Funktionsumfangs steht Nexus Politics noch am Anfang seiner Entwicklung und arbeitet daran, schrittweise ein ganzheitliches Betriebssystem für digitale Demokratie aufzubauen. Mit seinem Impact-first-Ansatz verfolgt das Team das Ziel, digitale Bürgerbeteiligung auch in Zeiten knapper Haushaltslagen dauerhaft möglich zu machen. Unterstützt wird das Start-up dabei unter anderem von der Technischen Universität München, der Landeshauptstadt München sowie dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Darüber hinaus sucht Nexus Politics engagierte Bürgermeister*innen und Mitarbeitende aus der Verwaltung, die die Plattform testen, Feedback geben und als Praxispartner gemeinsam entlang realer Bedarfe an ihrer Weiterentwicklung mitwirken möchten.

Das Praxisbeispiel Nexus Politics zeigt, wie Bürgerbeteiligung trotz aktueller Herausforderungen gelingen kann – niedrigschwellig, kostengünstig und wirkungsvoll.



Weitere Informationen:
Demo-Call buchen:
LinkedIn:

<https://nexuspolitics.org>
<https://calendly.com/nexuspolitics/30min>
<https://www.linkedin.com/company/nexuspolitics>



Etwa zwei Drittel der globalen Nachhaltigkeitsziele lassen sich nur auf kommunaler Ebene umsetzen – ...

Aileen Wichmann

Nachhaltigkeitsmanagerin Rhein-Kreis Neuss

... ob eine nachhaltige Entwicklung gelingt, wird sich also in den Kommunen entscheiden.“ Der Rhein-Kreis Neuss engagiert sich seit vielen Jahren für den fairen Handel und entwickelt aktuell eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie, die verschiedene Bereiche der kommunalen Entwicklungspolitik umfasst.

Neugierig geworden? Erfahren Sie mehr über kommunale Entwicklungspolitik sowie die Beratungs- und Förderangebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global unter:

info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Friedrich-Ebert-Allee 40 | 53113 Bonn | www.engagement-global.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL**



mit ihrer



SKEW
SERVICESTELLE KOMMUNEN
IN DER EINEN WELT

im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Nachhaltigkeit ist für uns eine Frage der Zukunftsfähigkeit

Aileen Wichmann,
Nachhaltigkeitsmanagerin
im Rhein-Kreis Neuss,
im Interview.

Wie entwickelte sich das Engagement des Rhein-Kreises Neuss für die kommunale Entwicklungspolitik?

2010 ist der Rhein-Kreis Neuss der erste Fairtrade-Kreis Deutschlands geworden. 2018 ist der Kreis eine Partnerschaft mit der kolumbianischen Gemeinde Campohermoso eingegangen. Seitdem gibt es rege Aktivitäten: Wir haben Campohermoso dabei unterstützt, die zweite Fairtrade Town in Kolumbien zu werden, und möchten die lokale Kaffeegenossenschaft bei ihrer Zertifizierung unterstützen. Zudem sind Schulgebäude, das Rathaus und eine Krankenstation mit Photovoltaik ausgestattet worden. Im Jahr 2023 sind wir noch eine Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Pawlograd in der Ukraine aufgrund des russischen Angriffskrieges eingegangen.

Was sind die weiteren Ziele?

Wir möchten diesen Sommer eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschieden, die als Dachstrategie für alle anderen Konzepte fungieren wird. Wir haben insgesamt 15 Handlungsfelder definiert, von denen wir neun prioritär behandeln. Dazu zählt auch das Handlungsfeld „Gute Arbeit und nachhaltiges Wirtschaften“.

Welche Unterstützung erfahren Sie durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global?

Alle Nachhaltigkeitsaktivitäten haben sich aus unserem entwicklungspolitischen Engagement heraus entwickelt, bei dem die SKEW uns beratend unterstützt. Zudem hat der Kreis im Laufe der Jahre alle Förderinstrumente der SKEW genutzt, angefangen beim Kleinprojektfonds über das Instrument „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) bis hin zum Corona-Solidarpaket. Es ist eine part-

nerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der SKEW und dem Rhein-Kreis Neuss, die wunderbar funktioniert.

Gab es eine Erfahrung, die Sie in Ihrer Arbeit besonders motiviert?

Im Jahr 2024 sind wir bundesweit der erste Kreis geworden, bei dem sowohl der Kreis als auch alle kreisangehörigen Kommunen die Musterresolution der Agenda 2030 unterzeichnet haben. Darauf haben wir sehr lange hingearbeitet. Das war ein toller Erfolg. Und die Prämierung in München für den 2. Platz des Wettbewerbs „Hauptstadt des fairen Handels“ der SKEW in der Kategorie der Großstädte war auch etwas ganz Besonderes. Wir waren der einzige Kreis unter den Platzierten.

Was planen Sie für die mittlere Zukunft?

Wir gehören zu den ersten 30 Kommunen weltweit, die mit dem sogenannten Donut-Modell arbeiten, und werden dabei vom Deutschen Institut für Urbanistik unterstützt. Das innovative, wirtschaftswissenschaftliche Modell setzt die eigene Entwicklung direkt ins Verhältnis zu einem wünschenswerten sozialen und ökologischen Zustand. Auf diese Weise erlaubt es eine datenbasierte Entscheidungsfindung. Der Rhein-Kreis



Foto: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

„Nachhaltigkeit ist für uns eine Frage der Zukunftsfähigkeit, aber letztlich auch des Standortmarketings.“

Der Rhein-Kreis Neuss wurde für sein herausragendes Engagement mit dem 2. Platz beim Wettbewerb: „Hauptstadt des Fairen Handels 2025“ ausgezeichnet.

Neuss soll langfristig lebenswert sein; die Menschen hier sollen gute Arbeitsplätze in einem ökologisch intakten Umfeld vorfinden. Zudem können wir uns gut vorstellen, uns verstärkt in internationalen Netzwerken einzubringen, beispielsweise über die Erstellung eines Voluntary Local Review.

Nachhaltigkeit ist für uns eine Frage der Zukunftsfähigkeit, aber letztlich auch des Standortmarketings. Als attraktiver, international ausgerichteter Standort möchten wir für inländische wie ausländische Fachkräfte gleichermaßen attraktiv bleiben.

Interesse geweckt?

Förderung, Beratung, Begleitung und Vernetzung bietet die SKEW

von Engagement Global im Auftrag vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Melden Sie sich telefonisch oder per Mail:

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
+49 228 20 717-2670
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de



AUSBLICK 2026

MÄRZ 2026

25.-26. März | Frankfurt
BREKO Fiberdays

APRIL 2026

17.-18. April | Dortmund
**BDV und LDV,
Bundes-SGK und SGK NRW**

18. April | Berlin + Digital
**Kommunalkongress
der Grünen Bundestagsfraktion**

21. April | Berlin
**„WIR LACHEN DAS“ –
Kongress für politische Kultur**
Hertie Stiftung
www.ghst.de/kongress2026

21.-23. April | Krems/Österreich
**Kommunalwirtschaftsforum
2026**

MAI 2026

04.-06. Mai | München
IFAT Munich
www.ifat.de/de

06. Mai | München | IFAT Munich
**Kommunaler IFAT-Tag
von Veolia**
mit Messebesuch und
Abendveranstaltung
im Paulaner
am Nockherberg
Anmeldung

NJB ist
Partner



07.-08. Mai | Düsseldorf
polis Convention
www.polis-convention.com

MAI 2026

20. Mai | Berlin
pre Opening

**NJB Konferenz –
Bürgermeister*innen
Dart-Meisterschaft**
(ab 18 Uhr)



21.-22. Mai | Berlin

**NJB-Jahreskonferenz
2026 und Mitglieder-
versammlung des e.V.**
„WIR MACHEN DAS!“



23. Mai | Berlin
**„Der Ehrentag. Für dich.
Für uns. Für alle.“**
Bundesweite Mitmachaktion
des Bundespräsidenten
www.ehrentag.de/aktion-planen

JUNI 2026

01. Juni
**Rent a Bürgermeister
„Bauernhof Edition“**
NJB in Kooperation mit dem
Forum Moderne Landwirtschaft

09.-10. Juni | Berlin
**Zukunftskongress Staat
und Verwaltung**
www.zukunftskongress.de/de

11. Juni | Berlin
Creative Bureaucracy Festival
www.creativebureaucracy.org/de

24.-25. Juni | Offenburg
Urban TEC live
www.urban-tec-live.de

SEPTEMBER 2026

14. September | Berlin
BMI-Kommunaltagung

16.-18. September | Leipzig
KGST-Forum 2026
www.kgst.de/kgst-forum

NJB ist
Partner

OKTOBER 2026

05.-07. Oktober | München
EXPO Real
www.exporeal.net/de

13.-15. Oktober | Berlin
Smart Country Convention
www.smartcountry.berlin/de

NJB ist
Partner

14. Oktober | Berlin | SCCON
NJB-Stammtisch auf der SCCON

14. Oktober | Berlin | SCCON
Tech meet City
**Bürgermeister*innen treffen
GovTech-Start-ups**
NJB in Kooperation mit BITKOM

NOVEMBER 2026

17.-19. November | Bielefeld
KommDigitale
www.kommdigitale.de

18.-19. November | Erfurt
Messe Kommunal
www.kommunal.de/veranstaltung/messe-kommunal-2026

24.-26. November | Dortmund
Heat EXPO | www.heat-expo.de

voraussichtlich November
Kongress Kommunal
der KPV von CDU/CSU

ANZEIGE

zfm ▶ **Auswahlverfahren schneller und
effizienter durchführen.**

Mit der AC-Software für Verwaltungen und
kommunale Unternehmen



Entdecken
Sie Talente

Mehr Infos



zfm-talentboard.de

MIT NACHHALTIGEM STROM IN DIE ZUKUNFT



So wie die Sonne die Quelle allen Lebens ist, bildet Elektrizität heute die Grundlage unseres gesellschaftlichen Lebens und die Basis einer florierenden Wirtschaft. Um dauerhaft und nachhaltig Strom zu erzeugen, setzen wir auf erneuerbare Energien aus der Kraft von Wind und Sonne.

Bei ALTUS investieren wir jede Minute unserer Arbeitszeit in eine nachhaltige Energieversorgung. Unser gemeinsames Ziel ist es, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen und die Energieerzeugung in Deutschland dauerhaft klimafreundlicher zu gestalten.

Dafür geben unsere über 80 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen jeden Tag 100% Leistung für 100% erneuerbare Energie aus Windkraft und Photovoltaik.

Ihre Ansprechpartner:

Marco Eggensperger
Geschäftsführer
info@altus-re.de
Telefon: +49 721 6269060



Thorsten Wehner
Politische Kommunikation & Strategie
t.wehner@altus-re.de
Mobil: +49 160 7850260

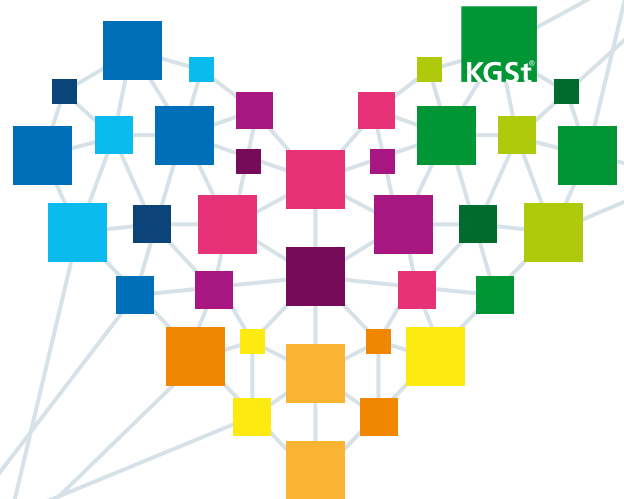


ALTUS renewables GmbH
www.altus-re.de

KGSt-FORUM 2026

NETZWERK KOMMUNE

Erleben ■ Inspirieren ■ Stärken



Das **KGSt-FORUM 2026** ist der Treffpunkt für alle, die kommunale Zukunft aktiv gestalten wollen: drei Tage Austausch, Impulse und Lösungen, die in der Verwaltung wirklich funktionieren.

Freuen Sie sich auf **rund 120 Fachveranstaltungen** zu sechs Themenwelten:



Führung und
Organisations-
kultur gestalten



Haushalte
stabilisieren
und steuern



Personal binden
und entwickeln



Innovation
und KI erleben



Zukunftsfähige
Prozesse und
Strukturen aufbauen



Strategie
und Steuerung
stärken

Deutschlands größter kommunaler Fachkongress mit über **5 000 Teilnehmenden** aus rund **750 kommunalen Verwaltungen** und **Institutionen**.

Ein **vielseitiges Programm**, darunter zwei Abendveranstaltungen und rund **5 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche** mit drei Keynote-Bühnen.

Präsenzveranstaltung mit großem Netzwerk-Anteil, interaktiven Workshopflächen, Sonderprogramm für kleine Kommunen, Campfire-Stages, Innovation:Quartier und **viel Raum für Gespräche auf Augenhöhe**.

Attraktive Konditionen für unsere Mitglieder: Mit einer einmaligen Teilnahme-pauschale können Kommunen beliebig viele Mitarbeitende anmelden. Die Gebühr richtet sich nach der Größenklasse der Stadt, der Gemeinde oder des Landkreises.

**Jetzt anmelden – und
kommunale Praxis stärken!**



KGSt

Kommunale Gemeinschaftsstelle
für Verwaltungsmanagement

Gereonstraße 18–32
50670 Köln

+49 221 37689-60
forum@kgst.de

forum.kgst.de